Nr. 446 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 86

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland der täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Bestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8,— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 8. September 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Verstaatlichung der preußischen Polizei

Ueber die Neuordnung des Polizeiwesens in ganz Preußen, deren Ankündigung in der Presse die Reaktion bereits zu heftigen Angriffen gegen die Veranlasser des Planes angeregt hatte, gab gestern abend Ministerialrat Abegg vom Ministerium des Innern den Vertretern der Berliner Presse eine detaillierte Auskunft. Aus den sehr verständlich gehaltenen Ausführungen geben wir im folgenden die wesentlichsten Punkte wieder.

Bei der Neuordnung des preußischen Polizeiwesens handelt es sich hauptsächlich darum, die bestehenden Beamtengruppen zusammenzufassen und bestehende Gegensätze auszugleichen. Es gilt: die Zersplitterung des Polizeibehördenwesens ebenso wie die Vielheit der Beamtengruppen zu beseitigen, Herstellung einer klaren Gliederung des Polizeiwesens, Herstellung einer festen

Einheit im Polizeibeamtenkörper.

Der Staat kann für eine wahrhafte Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nur durch ein einheitlich organisiertes Polizeiwesen sorgen. Bei der Zusammenfassung des Polizeiwesens muß natürlich von einem schematischen Verfahren Abstand genommen werden. Für die Vereinigung kämen in Betracht:

Die „blaue" und „grüne" Polizei, die Landjäger, ferner die Landesgrenzenpolizei, die Wirtschaftspolizei und die Kriminalpolizei. Durch diese Organisation entsteht allerdings ein gewaltiger staatlicher Polizeikörper, der aber eben durch die veränderten Verhältnisse bedingt ist. Die erwachsenden Kosten werden natürlich ebenfalls sehr erheblich sein, eine genaue Zahl läßt sich noch nicht angeben, da die Erhebungen darüber noch im Gange sind; im übrigen müssen die finanziellen Bedenken gegenüber der Notwendigkeit eines einheitlichen Polizeikörpers in den Hintergrund treten, zumal mit dieser einheitlichen Organisierung auch die Schwierigkeiten einer gleichmäßigen Besoldung der verschiedenen Polizeibeamtengruppen verschwinden. Selbstverständlich bedarf ein einheitlich geschaffener Polizeikörper auch einer einheitlichen Gliederung und Handhabung. Was die bisherigen Beamten der blauen Polizei betrifft, so sind diese mit der Neuordnung vollkommen einverstanden. Die Uebernahme der Beamten der blauen Polizei in die Einheitsorganisation soll derart erfolgen, daß alte Beamte (sofern ihr Dienstalter es rechtfertigt) in den Verwaltungsdienst der jetzigen Verwaltungspolizei übernommen werden sollen; diejenigen Beamten der blauen Polizei aber, die eine vierzehnjährige Dienstzeit noch nicht hinter sich haben, werden in Berlin und in besonderen Gegenden zur Exekutive herangezogen werden. Das Polizeischulwesen soll auf eine besonders hohe Stufe gestellt werden. Polizeischulen werden in jeder Provinz eingerichtet werden, in Berlin Polizeihochschulen.

Das Ziel der

Entpolitisierung des Polizeiwesens

wird von selbst erreicht werden, wenn durch Verwirklichung des Einheitsplanes der Hauptgrund einer politischen Betätigung der Beamten, d. h. der Lohnkampf, durch die gleichmäßige Besoldung entzogen wird. Ein weiteres Mittel der Entpolitisierung ist die Befolgung des Grundsatzes „Freie Bahn dem Tüchtigen". Nicht immer der Bildungsgang, sondern die vielfach angeborene Eignung wird in Zukunft für eine Beförderung maßgebend sein müssen. Die ganze Neuordnung wird auf zweifachem Wege möglich sein, und zwar auf dem Wege der Verwaltungsordnung oder auf dem Wege gesetzgeberischer Maßnahmen. Notwendig sein wird es, daß die Polizeiverordnungsrechte einheitlich geregelt werden.

Zur Entmilitarisierung der Polizei erklärte der Vortragende, daß es schon mit Rücksicht auf die Entente notwendig ist, eine solche streng durchzuführen. Im Gegensatz zur Reichswehr stellt die Polizei eine in und mit dem Volke lebende Körperschaft dar.

Zur Titelfrage äußerte sich Ministerialrat Abegg noch dahin, daß eine Aenderung der Titel nicht vom Ministerium des Innern, sondern von einer Anzahl der bei der Neuordnung in Betracht kommenden Behörden und Instanzen angeregt worden ist. Eine Entscheidung darüber steht noch aus.

Der Entwurf des neuen Polizeigesetzes ist, wie wir hören, bereits in Bearbeitung und soll in kürzester Frist der Landesversammlung vorgelegt werden.

Sozialisierung und Planwirtschaft

Rob. Schmidt und Wissell.

Der hier schon mehrfach erwähnte Gutachtenband über die Erneuerung des sozialdemokratischen Programms ist dieser Tage erschienen. (Das Programm der Sozialdemokratie. Vorschläge für seine Erneuerung. Berlin, Verlagsbuchhandlung Vorwärts.) Seinen vielseitigen Inhalt in Zeitungsaufsätzen zu erschöpfen, ist natürlich unmöglich, so daß die Anschaffung und das gründliche Studium dieses Buches den Parteigenossen gar nicht genug empfohlen werden kann. Einzelne Artikel sind indes von solcher Wichtigkeit, daß es für die Presse unmöglich ist, an ihnen vorüberzugehen, das gilt ganz besonders von den beiden Aufsätzen, die die früheren sozialdemokratischen Reichswirtschaftsminister, Gen. Robert Schmidt und Wissell, geleistet haben, denn sie betreffen das Kernproblem unserer Tage.

Gen. Schmidt kommt zu dem Ergebnis, „daß als Ziel des sozialistischen Programms die bisherige Forderung der Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums von Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum aufrechterhalten werden muß". Er bekennt sich also als grundsätzlicher Anhänger der Sozialisierung, ohne indes im einzelnen zu sagen, wie das schwierige Werk in Angriff genommen und vollendet werden soll. Mit besonderer Schärfe wendet er sich gegen die Planwirtschaft, von der er sagt:

Ein sehr kompliziertes Gebilde organisatorischer Spintisiererei, ganz für die Uebergangszeit zugeschnitten, tritt uns in der Planwirtschaft entgegen. Die Durchorganisierung der Industrien mit allen ihren Spezialfächern, der Zusammenschluß in der Spitze, dem Dachverband, das Einschachteln der Unternehmer- und Arbeitervertretungen macht einem Konstruktionsbureau alle Ehre, ist aber für die Praxis nicht verwendbar. Die Befürworter wollen von einer Zentrale anordnen, wie und was produziert werden soll, welche Rohmaterialien vom Ausland eingeführt werden sollen und wie sie zu verteilen sind, welche Preise und Löhne festgesetzt werden. Dieser wirtschaftliche Teil des Projekts interessiert uns vor allem. Solange wir in der Industrie exportieren, können wir über die Art der Warenproduktion nicht bestimmen, weil der Bedarf im Ausland sehr wechselt, wie nicht vorher zu bestimmen ist und vor allem von der Preislage abhängt. Daneben geben oft politische Einflüsse, Verkehrsverhältnisse, eigene Unternehmungen im Ausland u. a. m. den Ausschlag. Ebenso erscheint der Versuch, den Bedarf für das Inland von der Produktionsstätte zu bestimmen, vollkommen aussichtslos, weil der Verbraucher der bestimmende Teil ist. Soweit bisher der Rohstoffbezug und die Verteilung von einer Zentrale erfolgte — wir haben solche Organisationen —, haben sie nur zu allzu berechtigten Beanstandungen geführt. Die Beschaffung von Rohstoffen hat lange nicht die Schwierigkeiten bereitet, wie man annahm, der langsame Gang in der Wiedererstarkung der Industrie ist nahezu allein von der geringen Brennstoffversorgung abhängig gewesen. Wäre im Jahre 1919 die Kohlenproduktion auf die Höhe vor dem Kriege gekommen, so hätten wir die glänzendste Hochkonjunktur gehabt, die Deutschland je gesehen hat. . . . Die Planwirtschaft scheint mir am weitesten vom sozialistischen Programm abzuirren, sie ist eine mit philanthropischem Schwung vorgetragene, die Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung nur an der Oberfläche berührende, schwerfällige, utopistische Organisationsidee.

In einem folgenden Aufsatz über „Die nächste Wirtschaftspolitik" verteidigt nun Genosse Wissell den vom Genossen Schmidt so hart angegriffenen Gedanken der Planwirtschaft. Er führt aus, daß die Novemberrevolution keine sozialistische Revolution war und sein konnte, sondern daß ihr Verdienst sich darauf beschränkt, die feudalistische Herrschaft endgültig gebrochen zu haben. Als Grund dafür führt er u. a. folgendes an:

Auch wenn die sehr maßgeblichen Gründe außenpolitischer Art außer Betracht bleiben, insbesondere die Tatsache, daß das deutsche Volk auf die Nahrungsmittelunterstützung und die Rohstofflieferungen des kapitalistischen Auslandes angewiesen war, so war das Proletariat infolge mangelnder theoretischer Vorbildung, auch seiner Führer und infolge des Mangels an Kenntnissen und Leistungsvermögen betriebstechnischer, organisatorischer und kaufmännischer Art, auch der Oberschicht des Proletariats, außerstande, die Führung der Produktion in die Hand zu nehmen.

Auch heute bestehe die Möglichkeit zur unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Machtergreifung durch das Proletariat nicht. Seine Hoffnungen müßten auf das Maß des Erreichbaren zurückgeführt werden. Erreichbar seien „besondere Formen und Organisationen der neuen Wirtschaft", die die sozialistische Ordnung im Schoße der kapitalistischen heranreifen lassen. Solche besondere Formen sieht nun Wissell in der von ihm empfohlenen Planwirtschaft. Es handele sich um ein Provisorium, auf dessen Entwicklungswege und bei zunehmender Verminderung des Privateigentums die bürgerliche Klasse und ihre Klasseninteressen immer mehr dahinschwinden würden, während die Gesellschaft eine immer mehr klassenlose Struktur annähme. Dazu aber sei zunächst

Polnisch-litauische Kämpfe.

Königsberg, 7. September. (WTB.) An der litauisch-polnischen Front, südlich Rizainy und südlich Punsk-Wigrysee örtliche Kampfhandlungen. Südöstlich Bialystok, am Bug und nordöstlich von Cholm Teilkämpfe. In Verfolgung der Armee Budjenny wurde Hrubeschow von den Polen genommen. Zwischen der Buggquelle und der Zlota-Lipa erfolgreicher bolschewistischer Widerstand. Südöstlich von Lemberg wurde Podkamjen von den Bolschewisten besetzt.

Kowno. (WTB.) Litauischer Heeresbericht vom 7. September. Nördlich von Suwalki den ganzen Montag Kämpfe. In der Nacht zum 7. September besetzten wir Wizainy. Südöstlich Augustowo besetzten die Polen Rigalowka. Dadurch wurden unsere Truppen gezwungen, Lipsk aufzugeben und sich auf die Linie von Holinka zurückzuziehen. Die polnische Funkmeldung, daß unsere Truppen gemeinsam mit den Bolschewisten operieren, und daß sich im Rücken unserer Truppen Teile der bolschewistischen Armee ansammeln, ist erfunden.

Königsberg, 7. September. (WTB.) Nach erfolgreichen Streifen in den Grenzgebieten hat sich die Zahl der internierten Russen um etwa 2000 Mann erhöht.

Allenstein, 7. Sept. (WTB.) Nach einer Meldung aus Soldau sollen die Polen von der dortigen Bevölkerung die sofortige Option für Deutschland oder Polen verlangen, widrigenfalls die gesamte deutsche Bevölkerung ausgewiesen werden soll. — Nach dem Friedensdiktat hat die Option zwei Jahre Zeit.

Die Flüchtlinge.

Für die Soldau-Flüchtlinge sind auf die dringenden Vorstellungen, die der ostpreußische Bevollmächtigte Dr. Herbst im Auftrage des Oberpräsidenten, unterstützt durch eine Kommission der Flüchtlinge, bei der Reichsregierung erhob, wichtige Zusagen gegeben. Es soll eine weitgehende vorläufige Fürsorge durch das Rote Kreuz erfolgen. Das Auswärtige Amt hat in Warschau die Entsendung eines bevollmächtigten polnischen Regierungsvertreters nach Neidenburg angeregt, der gemeinsam mit Vertretern der preußischen und der Reichsbehörden die Rückkehr der Flüchtlinge und die Rückgabe ihres Eigentums in die Wege leiten soll. Eine Antwort Polens ist noch nicht erfolgt. Ferner wird angestrebt, daß Polen eine Amnestie für die Soldauer Flüchtlinge erläßt.

Auch ein Grenzzwischenfall!

WTB. schreibt: Die aus der „Allensteiner Zeitung" in die übrige Presse (durch WTB.! Red.) übergegangene Mitteilung von einem Grenzzwischenfall bei Klein-Leschienen in Westpreußen, bei dem angeblich polnische Truppen auf deutsches Gebiet übergetretenen Russen gefolgt seien und diese entwaffnet hätten, entbehrt, wie nunmehr festgestellt wird, jeder Grundlage. Nach einer eingehenden Meldung der Landes-Grenz-Polizei ist der einzige Zeuge des Vorfalls ein alter Mann gewesen, der bekundet, daß russische Truppen (2 Geschütze und 2 Maschinengewehre) von bewaffneten polnischen Zivilisten in der Nähe der Grenze entwaffnet worden seien. Ob dabei deutsches Gebiet überhaupt verletzt wurde, konnte er mit Sicherheit nicht angeben. Deutsche waren bei dem Vorfall überhaupt nicht beteiligt. Somit handelt es sich bei diesem Vorfall, der auch zum Gegenstand einer Note der Sowjetregierung gemacht worden ist, um eine Falschmeldung.

Milderung unserer Lasten?

London, 7. September. (Hollandsch Nieuwsbüro.) „Daily Telegraph" meldet, daß die Unterredung zwischen Winston Churchill und dem französischen Kriegsminister die Herabsetzung der Okkupationskosten für das Rheingebiet zum Zweck hatte.

Englische Niederlage.

London, 7. September. (WTB.) Nach einer Meldung des Kriegsamts wurde am unteren Euphrat die Garnison des Bahnhofs von Samawa am 2. September nach dem Lager in der Stadt zurückgezogen. Ein Panzerzug, der den Rückzug deckte, verunglückte und wurde von einer Streitmacht von 4000 Aufständischen überfallen. Die Besatzung in Stärke von 40 Mann, die energischen Widerstand leistete und dem Angreifer einen Verlust von 500 Mann zugefügt haben soll, wurde schließlich überwältigt und ist als vermißt gemeldet. Ein Dreizehnpfünder, eine Lewis-Kanone und drei Maschinengewehre, sowie 40 Kisten mit Munition gingen mitsamt dem Zuge verloren.

Die italienische Krise.

Rom, 7. September. („Frankfurter Zeitung") Arbeitsminister Labriola (Reformsoz.) und Schatzminister Meda (Christl.) setzten ihre Vermittelungsversuche im Konflikt in der Metallindustrie fort. Die Gewerkschaftsverbände und die sozialistische Parteileitung drohen die Besetzung der Fabriken aus Solidarität auf andere Fabriken auszudehnen, falls bis Freitag keine Einigung erzielt wird.

Beschwichtigung.

Rom, 7. September. (Stefani.) Die im Auslande über die italienischen Verhältnisse umlaufenden Gerüchte sind völlig unzutreffend. Abgesehen von dem Streik in der Metallindustrie, der, wie man hofft, bald beigelegt werden wird, nimmt das Leben seinen gewöhnlichen Gang. Giolitti befindet sich noch auf Urlaub; der König weilt in San Rossore.

ein Zusammenarbeiten von Bourgeoisie und Proletariat notwendig, bei dem das Proletariat immer mehr die Reife gewinnen werde, um die Herrschaft über die Wirtschaft in seine eigene Hand zu nehmen. So empfiehlt er den vom Staat geleiteten organisatorischen Zusammenschluß der Privatindustrien als den Mittelweg zwischen der freien Wirtschaft, die nicht mehr, und der sozialistischen Wirtschaft, die noch nicht möglich ist. Nach Widerlegung der gegen die Planwirtschaft erhobenen Vorwürfe im einzelnen führt er zum Schluß zusammenfassend aus:

Vom Standpunkt des Proletariats aus liegt aber die Hauptaufgabe der Planwirtschaft darin, daß sie **die hohe Schule des Proletariats in der Wirtschaftsführung** darstellt. Angefangen bei den Betriebsräten, über die Arbeitsgemeinschaften bis zum Reichswirtschaftsrat bietet sie dem Proletariat eine fachliche Ausbildung, welche die Arbeiterklasse allmählich „zur Sozialisierung reif" machen wird. Entsprechend den Fortschritten auf diesem Erziehungswege wird die Arbeiterklasse Stück um Stück die kapitalistischen Reste in der Planwirtschaft beseitigen. Schon die Umbildung der Kartellform in die Trustform ist ein Schritt vorwärts zur Sozialisierung. Von der jeweiligen politischen Machtfülle des Proletariats hängt es ab, in welchem Tempo es ihm gelingt, den Grad seiner Reifung in der wirtschaftlichen Gesetzgebung und Verwaltung auszuprägen.

Das Ausland geht uns auf dem Wege wirklicher Planwirtschaft schon voraus. Im englischen Gildensozialismus sind die Anfänge deutlich sichtbar. Und neuerdings geht auch Rußland diese Wege in seiner Wirtschaft.

Zum Schluß sei ausdrücklich wiederholt, daß die Planwirtschaft sich durchaus nicht anmaßt, letzte Lösung des sozialistischen Problems zu geben. Sie ist sich vielmehr völlig bewußt, lediglich eine vorbereitende Dienerin des Sozialismus zu sein und ihm im Sinne von Marx die Wege dadurch zu ebnen, daß sie die Dinge sozialisierungsreif zu machen hilft. Sie greift auf Grund der praktischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte die Eigentumsfrage so lange zurück, bis sich, wie sie hofft, aus der organisatorischen Vollendung der Wirtschaft und aus der zunehmenden Einsicht des Proletariats in die wirtschaftlichen Zusammenhänge schließlich die Möglichkeit ergibt, mit einem großen Schlage das Eigentum an den Produktionsmitteln aus der privaten in die sozialistische Form zu überführen.

Dies ist in kurzen Zügen das wirtschaftliche Programm einer zu praktischer Arbeit bereiten sozialdemokratischen Partei für die noch vor uns liegende Wirtschaftsperiode. Wir sind nicht mehr in der Lage der Männer von 1891, über den Wirtschaftsbau der Zukunft und die Wege zu ihm nur in abstrakten Sätzen zu reden. Weil wir heute den Weg klarer vor uns sehen und weil wir in der verzweifelten Lage des Volkes, die der verlorene Krieg gebracht hat, die nicht abzulehnende Mitverantwortung dafür tragen, daß die noch zu durchschreitende Wegstrecke auf dem kürzesten Wege in einer des Volkes Kräfte schonenden Weise beendet wird, müssen wir wissen, was wir zu tun haben. **Das Endziel bleibt die „für und durch die Gesellschaft betriebene Wirtschaft" mit Ueberführung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln in das Eigentum von Organen, die die Gesellschaft präsentieren. Der Weg dazu führt über die vorläufige Arbeitsgemeinschaft von Bourgeoisie und Proletariat in der planmäßig organisierten Wirtschaft. Mit zunehmender Reife wird das Proletariat ein Fort der kapitalistischen Position nach dem anderen erobern bis zur restlosen Ueberwindung.**

Die Einandergegenüberstellung der Auffassungen Schmidts und Wissells zeigt die ganze Größe des Problems, dessen Lösung für die Arbeiterklasse und für die ganze Menschheit von so ungeheurer Tragweite ist. Die Stärke der Wissellschen Position besteht darin, daß uns hier ein klar umschriebener Weg gezeigt wird, während sich Schmidt auf das Festhalten am sozialistischen Endziel beschränkt, ihre Schwäche darin, daß sie unmittelbar kein Ziel gibt, das die Phantasie beschwingt und zu höchsten Willensleistungen anspornt, sondern nur eine Summe von organisatorischen Maßnahmen, deren Einzelheiten der Kritik naturgemäß manche Angriffsflächen bietet.

Indes, wenn man sich darüber klar ist, daß zunächst nur die „dazu reifen" Betriebe zu sozialisieren sind, was auch die Unabhängigen nicht bestreiten, so muß man sich auch klar darüber werden, wie die Verbindung zwischen sozialisierten und nicht sozialisierten Betrieben herzustellen ist und welche Uebergangsmaßnahmen für die letzteren in Betracht kommen. Denn ein unvermitteltes, zusammenhangloses Nebeneinanderstehen von sozialistisch und kapitalistisch verwalteten Wirtschaftsgebieten ist nicht gut denkbar und praktisch unmöglich. Es wird die Aufgabe der vom Parteitag zu wählenden Programmkommission sein, die Grenzen der derzeit möglichen Sozialisierungen abzustecken, darüber hinausschreitend wird sie dem Problem der Planwirtschaft nicht aus dem Wege gehen können.

Der agrarische Steuerschwindel.

In der „Deutschen Tageszeitung" führt der Syndikus des Bundes der Landwirte Paul Rückert einen verzweifelten Kampf dagegen, daß zu den jetzigen großen Steuern die Landwirtschaft nach dem Ertragswert der Kriegs- und Revolutionsjahre eingeschätzt werde. Der Ertragswert dieser Jahre stehe zu dem dauernden Wert der Grundstücke in keinem Verhältnis. Das ist ja ein sehr interessantes Geständnis! Bisher hat die Landwirtschaft stets bestritten, im Kriege unmäßig verdient zu haben. Jetzt, wo sie Steuern nach dem Gewinn der Kriegsjahre zahlen soll, gesteht sie den bombenmäßigen Gewinn in der Zeit schwerster Volksnot kaltlächelnd zu.

Die Agrarier wollen nach dem Ertragswert der Vorkriegszeit zur Steuer veranlagt werden. Das ist ein großzügiger Steuerschwindel. Denn der Ertrag der Vorkriegszeit drückt sich in Goldmark aus. Für 10 000 Goldmark, die ein Landwirt vor dem Kriege verdiente, will er jetzt 10 000 Papiermark versteuern. Also noch nicht den zehnten Teil seines wirklichen Einkommens vor dem Kriege!

Man stelle sich folgendes vor: Jemand besitzt noch 100 000 Mark in Goldmünzen und soll jetzt davon den fünften Teil als Steuer entrichten. Er zahlt 20 000 M. in Papier. Hat er den fünften Teil seines Vermögens abgegeben? Noch nicht den fünfzigsten Teil, denn 100 000 Goldmark sind weit mehr als eine Million Papiermark wert. Der Schwindel ist nur möglich, weil zwei ganz verschiedene Größen (Goldmark und Papiermark) als „Mark" gleichgesetzt werden. Deshalb bestimmen die neuen Steuergesetze auch, daß Goldmünzen zum vollen Kurswerte zu versteuern sind.

Aber an dem Beispiel ändert sich nichts, wenn jemand vor dem Kriege für 100 000 Goldmark ein landwirtschaftliches Gut gekauft hat. Setzt er jetzt den Wert des Gutes, für das er 100 000 Goldmark angelegt hat, in seiner Steuererklärung zu 100 000 Papiermark ein, so begeht er genau den gleichen Schwindel, wie der Mann, der seine Goldmünzen so versteuern wollte, als ob sie Papierscheine wären.

Wollen die Agrarier also ihre Güter nach dem Ertragswert der Vorkriegszeit versteuen, so muß wenigstens verlangt werden, daß der hierfür errechnete Wert in Goldmark in Papiermark umgerechnet wird. Ein Gut also, das vor dem Kriege auf einen Ertragswert von 100 000 Mark eingeschätzt war, muß jetzt mit zirka 1 200 000 Papiermark für die Besteuerung angesetzt werden.

Die gerechteste Methode freilich bleibt die Einschätzung — nicht nach dem Ertrag der Vorkriegszeit — sondern nach dem Ertrag der letzten Jahre. Wenn die Agrarier sagen, daß diese Jahre nicht „normal" waren, so ist zu bemerken, daß es einen Maßstab der Normalität zurzeit überhaupt nicht mehr gibt. Nur das eine wissen wir, daß das, was vor dem Kriege normal war, weder für die Gegenwart noch für die Zukunft normal ist.

Wollen aber die Agrarier behaupten, daß ihre Gewinne in der Kriegszeit nicht nur über die vergangene, sondern auch über jede künftige Normalität hinausgegangen sind, so klagen sie sich selber eines schweren Verbrechens an, daß die höchste Steuerveranlagung noch als viel zu milde Sühne erscheint.

Konservativer Farbenwechsel.

Der Ruf nach den Neuwahlen.

Seit einigen Wochen hallt der deutschnationale Blätterwald vom Ruf nach schleunigen Neuwahlen für die Preußische Landesversammlung wieder. Wenn man bedenkt, wie wenig gerade diese Kreise die Volkssouveränität zu achten gewillt waren, mit welchem Hohn und Spott sie von dem Willen des Volkes sprachen, und wie sie noch bis in die letzten Tage vor der Revolution hinein mit allen Mitteln das „nahezu ideale" Dreiklassenwahlrecht dem preußischen Volke erhalten wollten, so ist man über diesen Stimmungsumschwung einigermaßen überrascht und glaubt nicht ganz an seine Ehrlichkeit.

In diesem Zusammenhang dürfte ein Erlaß nicht uninteressant sein, den Wilhelm I. am 4. Februar 1863 zu Papier brachte, um gegen die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Adresse Stellung zu nehmen, in der gegen Bismarcks Ministerium der Vorwurf erhoben wurde, daß es nach Schluß der Sitzungsperiode des Landtages verfassungswidrig die Verwaltung ohne gesetzlichen Etat fortgeführt habe:

„Wenn in Veranlassung des eingetretenen Konflikts von mehreren ständischen Korporationen und aus der Mitte der Bewohner vieler Kreise des Landes Mir zahlreiche Adressen überreicht worden sind, in denen die Unterzeichner Mir ihre persönliche Ergebenheit und ihre Zustimmung zu den Anordnungen Meiner Regierung ausgedrückt haben, so hat es Mich unangenehm berührt (!), dieselben in der Adresse des Hauses der Abgeordneten als eine kleine, der Nation seit langem entfremdete Minderheit bezeichnet zu sehen. Ich habe diese Kundgebungen aus allen Ständen und Klassen Meiner getreuen Untertanen (!) mit Befriedigung empfangen und muß den Vorwurf, daß die Teilnehmer in Treue und Hingebung für ihr preußisches Vaterland gegen andere zurückstehen, als ungerechtfertigt zurückweisen."

Damals also war es der Landesherr, der sich zur Rechtfertigung seines Verhaltens auf Kundgebungen des Volkes berief, die dessen gewählte Vertreter als unmaßgeblich bezeichnen zu können glaubten. Heute berufen sich die Abgeordneten der Rechtsparteien in der Preußischen Landesversammlung auf Parteiresolutionen, Preßartikel und sonstige Kundgebungen, die sie selbst veranlaßt haben, wie ihre Vorgänger die „Adressen" an Wilhelm den Großvater.

Allerdings ist es möglich, daß die Stimmung des deutschen Volkes innerhalb von zwei bis drei Jahren sich ändert; es wird aber nicht wohl möglich sein, plötzlich Neuwahlen auszuschreiben, nur weil die oder jene Partei der Ansicht ist, daß sie dabei gut wegkommen würde. Bevor Neuwahlen ausgeschrieben werden, hat das Parlament zunächst seine Hauptaufgabe zu erfüllen, nämlich das Verfassungswerk zu vollenden sowie ein neues Wahlgesetz zu verabschieden. So lange werden die konservativen Herrschaften also warten müssen, bis sie ihre neugewonnene „demokratische" Gesinnung betätigen können.

Der Zusammentritt des Reichstags. Wie eine hiesige Korrespondenz hört, hat sich die Reichsregierung einverstanden erklärt, den Reichstag nicht vor Mitte Oktober einzuberufen und demselben alsdann einen Plan über die ihm zugedachten Arbeiten vorzulegen. — Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten wird voraussichtlich Ende September wegen der oberschlesischen Frage wieder zusammentreten.

Der ermordete Mörder.

Wenn es morgen hieße, daß in Rußland in Wahrheit der Zar noch regiere und der Bolschewismus nur eine Komödie sei . . . . . Wenn es morgen hieße, daß irgend ein Professor ein Mittel erfunden habe, das die menschliche Epidermis hiebsicher und kugelfest mache; so würde man sich darüber wundern und würde Artikel schreiben und würde am Stammtisch heute und morgen und nächste Woche darüber reden. Aber übernächste Woche vielleicht schon nicht mehr. In den letzten fünf Jahren sind jeden Tag so, so viel Dinge geschehen, daß man das Staunen, das wirklich wahrhaftige Staunen verlernte. Pi-pa-po: Sie kennen doch dieses schöne, so recht aus dem Zeitempfinden heraus geborene Wort? Die Welt geht unter! Na und? ist es zu übersetzen. Und doch stoßen wir auch jetzt noch zuweilen auf Dinge, die uns zwar nicht in grenzenloses Erstaunen, in entsetzte Verblüffung oder so etwas, aber doch in ein stilles, nachhaltiges Verwundern versetzen, ein Verwundern, über das wir nicht hinweglommen.

Es sind oft nur kleine Dinge, die in uns dieses Verwundern auslösen. Zum Beispiel das. Eine Zeitungsnotiz, die in der zweiten Augustdekade dieses Jahres die Presse durchlief und die mitteilte, daß ein gewisser, wegen Mordes verfolgter Hermann Gerber aus Arfelde in der Neumark unter Hafermandeln — ermordet aufgefunden worden ist. Als Täter kommen zwei Russen in Betracht, die flüchtig geworden sind. Also nicht etwa Blutrache liegt hier vor, sondern gewöhnlicher Raubmord. Ein ermordeter Mörder! Ein Mensch, der jemanden totschlägt und kurz darauf zufällig . . . ganz zufällig selber totgeschlagen wird! Wie häufig geschieht das, daß Mörder ermordet werden? Ueberschlagen wir einmal ganz roh: In einer Stadt von 100000 Einwohnern wird jährlich ungefähr Einer ermordet. Setzen wir nun die Durchschnittsdauer des Menschenlebens mit 50 Jahren fest und vergegenwärtigen wir uns, daß nach Ablauf von 50 Jahren die Generation sich erneuert hat, so wäre zu folgern, daß in einer Hunderttausend-Menschen-Stadt nach Ablauf von fünfzig von zweihunderttausend Menschen fünfzig ermordet worden sind. Was hieße, daß auf 4000 Menschen ein Ermordeter und also auch ein Mörder kommt. Die Wahrscheinlichkeit nun, daß ein Mörder wieder ermordet wird, ist demnach (sofern mich meine Erinnerungen an die Obersekundanerzeit nicht täuschen) 1 zu 4000×4000=1 zu 16 000 000. Unter 16 000 000 Menschen befindet sich durchschnittlich ein ermordeter Mörder. Mathematisch genommen ist also die Sache gar nicht so einfach. Aber gefühlsmäßig genommen! Ich bitte schön: ein ermordeter Mörder! Es will mir dies nicht aus dem Kopf. Ein Ermordeter, den man nicht zu bedauern braucht! Ein Ermordeter, der kein Recht hätte, über menschliche Schändlichkeit zu klagen! Ein Ermordeter, der lächerlicherweise der eine 16 Millionste ist! Es will mir dies nicht aus dem Kopf.

Für jedenfalls, lieber, junger Literat, seien bitte besorgt, daß weder Zar nächster Roman, noch Ihr nächstes Drama ein Menschenleben schildert, das dem des Hermann Gerber aus Arfelde in der Neumark ähnelt. Die Kritik hätte recht, wenn sie solche Unmöglichkeiten ablehnte. So etwas ersinnt man nicht. So etwas geschieht nur.

Allenfalls haben Kientopp und Kolportageroman hier einen gewissen Vorzug.

H. B.

Ein Goethefund. Das „Hamburger Fremdenblatt" veröffentlicht unter der Ueberschrift „Joseph, ein neu aufgefundenes Werk von Goethe", einen Artikel, in dem der Fund eines Goetheschen Jugendwerkes mitgeteilt wird. Es handelt sich um den Joseph, von dem man bisher annahm, daß er, 1762 geschrieben, von Goethe während seiner Leipziger Studienzeit verbrannt worden sei. Der Finder und jetzige Besitzer der Handschrift ist der Altonaer Germanist Professor Paul Piper, der die Handschrift vor Jahren von einer Dame aus Brüdergemeindekreisen erhalten hat. Die Handschrift ist ein Diktat an den im Hause von Goethes Vater lebenden Clauer, aber mit zahlreichen eigenhändigen Korrekturen des Dichters versehen. Der „Joseph" umfaßt die im ersten Buch Moses berichteten Vorgänge in fünf Teilen, mit einem ausführlichen kritischen Kommentar. Das Werk wird demnächst in Buchform erscheinen.

Ueber die Bedeutung des Fundes läßt sich ohne genauere Einsicht nichts sagen. Voraussichtlich wird er nur literarhistorische Bedeutung haben, keinesfalls aber wie der „Urfaust" neue Einblicke in Goethes Schaffen eröffnen. Es ist ja hinreichend aus Goethes Selbstbiographie „Dichtung und Wahrheit" bekannt, daß er als heranwachsender Knabe stark unter dem Einfluß der Bibel stand und daraus die Anregung zu seinen ersten dichterischen Versuchen empfing. So schrieb er mit dreizehn Jahren seine „Poetischen Gedanken über die Höllenfahrt Christi". In diesen Rahmen gehört auch der Joseph, den er mit manchen anderen Versuchen später vernichtete. Die Wiederentdeckung dieses nunmehr ältesten Prosawerkes Goethes wird dieselben Züge aufweisen: Gewandtheit der Sprachbehandlung ohne tieferes eigenes Gepräge. — Auffällig ist es, daß der Entdecker offenbar jahrelang seinen „Schatz" zurückgehalten oder doch in seinem buchhändlerischen Wert nicht erkannt hat.

Spanien in der Photographie. Hunderte von Deutschen waren während des Krieges von der Heimat abgeschnitten. Mancher von ihnen hat den Zwangsaufenthalt im Auslande benutzt, um Land und Leute gründlich kennenzulernen und gibt jetzt nach seiner Rückkehr Kunde von seinen Eindrücken und Erlebnissen und stattet den besten Dank für die erfahrene Gastfreundschaft ab, indem er die Kenntnis des Landes verbreitet und Liebe zu ihm erwartet. In besonderem Grade gilt das von dem Oberlehrer Kurt Hielscher, der 1914 auf einer Studienreise in Spanien vom Kriege überrascht wurde. Er war bereits ein Kenner des Landes, das er nun, mannigfach gefördert von spanischer Ritterlichkeit, gründlich bereisen und studieren konnte. Zudem traf es sich, daß er besonders geschultes Talent als Photograph besaß. Die Ergebnisse seines fünfjährigen Aufenthalts hat er jetzt in vergrößerten Photographien im Lichthof des Kunstgewerbemuseums ausgestellt, und es bietet sich, da die Ausstellung den ganzen Monat täglich von 9—8 Uhr geöffnet ist, gute Gelegenheit, eine nicht nur instruktive, sondern auch höchst genußreiche Wanderung durch Natur und Landschaft, Kunst und Volksleben Spaniens anzutreten.

Es wird nur eine Auswahl aus den vielen Tausenden von Aufnahmen vorgeführt, und es ist natürlich ausgeschlossen, ein Gesamtbild des an mannigfachen Naturkontrasten und erlesenen Kunstschätzen reichen Landes zu geben. Aber was geboten wird, ist charakteristisch gewählt und gibt einen guten Ueberblick. Vom Gletscher der Pyrenäen bis zu dem andalusischen Palmenwald, dem einzigen Europas, reichen die Gegensätze. Und dazwischen welch malerische Landschaften, hochgelegene Gebirgsnester, schöngebuchtete Küstenstädte (S. Sebastian), merkwürdige Höhlenwohnungen! Auch Menschentypen der entlegeneren Bezirke, in Volkstrachten, und reine Stimmungsbilder, die Bäume, tiefgeschnittene Täler, schwere Himmel zusammenfassen, sind vertreten. Vor allem aber fesseln die Stätten und Bauten alter Kultur: die trotzigen Burgen, wohlerhaltenen mittelalterlichen Mauerringe, ragenden Kuppelkirchen, die stolzen Kathedralen, die Städtebilder von Toledo, Segovia, Avila! Das Kulturerbe der Mauren, die die ganze europäische Kunst beeinflußt haben, wird hier in ihren schönsten Schöpfungen lebendig: Granada und die Alhambra. Und dicht daneben das Spanien der Mantillas und Stierkämpfe.

Die Bilder, die, auch rein photographisch angesehen, vortrefflich geraten sind, werden auch in der Urania gezeigt werden.

K. H. D.

Wagner, der Bolschewist. Zur Eröffnung der Dritten Internationale in Moskau führte ein Orchester von 400 Musikern Wagners „Götterdämmerung" auf. Das offizielle Bolschewistenblatt „Prawda" schreibt dazu: Wagners Musik paßt zur Eröffnung der Dritten Internationale besser als andere Musik: „Die irdischen und die himmlischen Götter, die über die Welt regieren. Der sagenhafte Palast Walhalla war von den Beherrschern des Himmels und der Erde bevölkert. Da ertönte das revolutionäre Gewitter, und Walhalla mitsamt seinen Bewohnern kam in den Flammen um".

Was sagt Rudolf Franz, der Hüter der Revolution, zu dieser Ketzerei? Hat er doch schon vor Jahr und Tag bewiesen, daß Wagner ein Kleinbürger auch in der Musik war.

Die Erben von Tell-el-Amarna. In Tell-el-Amarna, der Residenz des Reformpharaos Amenophis IV., wo die deutsche Orientgesellschaft ihre berühmten Ausgrabungen veranstaltet und ein einzigartiges Kulturbild aus dem alten Aegypten aufgedeckt hat, werden nun auch die Engländer an die Stelle der deutschen Gelehrten treten. 1914 hatten noch die Deutschen die Konzession der ägyptischen Regierung, jetzt hat die englische „Egypt Exploration Society" die Konzession erhalten. Die englischen Museen und das von Kairo erwarten von den Forschungen ähnliche Ausbeute wie die Berliner Sammlungen. Die Leitung übernahm Prof. T. Eric Peet. Der Präsident der Gesellschaft, Maxwell, schreibt an die „Times": Als Nachfolger der deutschen Archäologie bei diesem Werk ist unser nationaler Ruf auf dem Spiel". Dies ist ein erstes Beispiel der nun bevorstehenden systematischen Uebernahme der deutschen Forschungstätigkeit im Orient durch die Engländer.

Der erste Lehrstuhl für Fernmeldetechnik. Durch den Staatshaushalt für 1920 ist an der Technischen Hochschule zu Berlin-Charlottenburg eine außerordentliche Professur für Fernmeldetechnik begründet worden. Sie ist dem bisherigen Dozenten Prof. Dr. A. Franke übertragen worden.

Polnische Museen in Posen. Das Kaiser-Friedrich-Museum in Posen, eine Frucht deutscher Arbeit, ist in ein Großpolnisches Museum umgetauft worden. Ferner wird in Posen ein polnisches Heeresmuseum geplant.

Ins Pantheon! Die französische Regierung ordnet die Ueberführung der Urne mit dem Herzen Leon Gambettas, des Gründers der Republik von 1870 und Organisators des letzten Widerstandes gegen die deutsche Armee, nach dem Pantheon an.

Groß-Berlin

Ein menschenfreundlicher Arzt.

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten ist eine der vornehmsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Verbreitung ist heute, dank des viereinhalbjährigen „Stahlbades", eine so große, daß die Volksgesundheit ernstlich durch sie gefährdet wird. Jeder vernünftige Mensch wird daher jede Maßnahme zur Bekämpfung jener Seuche freudig begrüßen und selbst das Seine tun, den Kampf erfolgreich zu gestalten. Vor allen Dingen sollte sich unsere Aerzteschaft mit glühendem Eifer auf die Sache stürzen und durch treue Hingabe der Welt zeigen, daß sie aus wahren Menschenfreunden zusammengesetzt ist. Leider aber macht sich in ganz unverständlicher Weise in Aerztekreisen eine Opposition gegen eine vom Verband für das Rettungswesen Groß-Berlins eingeleitete dankenswerte Maßnahme zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bemerkbar. Es handelt sich um folgendes:

Der genannte Verband für das Rettungswesen hat in den Retiraden Plakate anschlagen lassen, auf denen er unter Hinweis auf die Gefahren, die der außereheliche Geschlechtsverkehr bedeutet, bekannt gibt, daß seine Rettungsstellen jeden, der solchen Verkehr gepflegt hat, kostenlos desinfizieren. Gegen diese ganz ausgezeichnete Einrichtung wendet sich nun in der „Berliner Aerztekorrespondenz", dem Publikationsorgan der Aerztekammer für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin, ein Dr. Fritz Kuhn. Dieser Menschenfreund bekommt es fertig, in einer „Falsche Fürsorge" überschriebenen Notiz u. a. zu schreiben:

„Alle Achtung vor der Fürsorge für die leidende Menschheit. Wenn diese Desinfektion gratis geschieht, was für Gründe liegen vor, diese Wohltat jedermann umsonst zu erweisen?"

Die Frage, wie es möglich ist, daß ein Arzt an so hervorragender Stelle gegen eine so humane Einrichtung Sturm laufen kann, wollen wir Herrn Kuhn selbst beantworten lassen. Er sagt nämlich u. a.:

„Wie kommt der Rettungsverband dazu, uns eine von den vielen schon ziemlich spärlich fließenden Quellen der Privatpraxis zu verstopfen? Oder darf einem Kavalier, der für ein Schäferstündchen 50 oder 100 M. bezahlt hat — die Spesen in der Likörstube usw. noch nicht mitgerechnet —, nicht zugemutet werden, für den Arzt noch 10 oder 20 M. aufzuwenden? Oder gibt es nicht genug Spezialärzte für Geschlechtsleiden in Berlin? Die Rettungsstellen werden aus öffentlichen Mitteln bestritten und sind für erste Hilfe in Notfällen. Betrachtet man das Vollziehen eines Geschlechtsaktes vielleicht als einen plötzlichen Unglücksfall? Gegen diesen an sich vielleicht wohlgemeinten Unfug muß energisch protestiert werden."

Es denkt an maßgeblicher Stelle kein Mensch daran, die Existenz der Aerzteschaft zu untergraben. Wer das Geld dazu hat, soll ruhig nach wie vor seinen Arzt aufsuchen. Der Verband für das Rettungswesen hat mit dieser neuen Einrichtung aber vor allen Dingen jene Menschen vor einer Krankheit schützen wollen, die die Kosten für einen Arzt nicht bestreiten wollen. Und übrigens: Die Rettungsstellen sind Tag und Nacht geöffnet, braucht man aber zur nächtlichen Stunde einen Arzt, so kann man sicher sein, in den ersten 6 Stunden keinen zu bekommen.

Die ganze hier von Dr. Kuhn eingeleitete und offenbar von der Aerztekammer unterstützte Aktion wirft gerade kein allzu günstiges Licht auf die Hilfsbereitschaft zum mindesten des Verfassers der erwähnten Notiz. Wir hätten erwartet, daß jeder Arzt diese von Dr. Kuhn so sehr bekämpfte Maßnahme unterstützen würde, aber anscheinend gibt es noch Aerzte, denen das Schicksal ihres Volkes ganz gleichgültig ist, die ihre Mitwirkung bei der Bekämpfung einer so gefährlichen Seuche, wie die Geschlechtskrankheiten sie darstellen, abhängig machen von dem Gewinn, der dabei in ihre Taschen fließt.

Groß-Berliner Bebauungspläne.

Der Verbandsausschuß Groß-Berlin hat in seiner letzten Sitzung noch einige bedeutungsvolle Bebauungspläne erledigt. Er stimmte zunächst dem Gesamtbebauungsplan für die schon in der Ausführung begriffene Waldsiedlung der Stadt Lichtenberg in der Wuhlheide zu und genehmigte mit einigen Vorbehalten den Gesamtbebauungsplan sowie einige Teilpläne für das Südgelände in Zehlendorf zwischen dem Bahnhof Zehlendorf-West und dem Teltowkanal. Von besonderer Bedeutung ist ein Gesamtplan für das Gelände zwischen der Spree, der Dahme und dem Müggelsee auf Cöpenicker Gebiet. Hier sollen in der Hauptsache Kleinhaussiedlungen errichtet werden, nur ein kleiner Streifen an der Dahme nördlich von der Kolonie Wendenschloß soll als Industriegelände dienen. Der Verbandsausschuß regte an, zur Gewinnung von künstlerischen Plänen für dieses Gebiet einen öffentlichen Wettbewerb unter den Groß-Berliner Städtebaukünstlern auszuschreiben.

Wer muß seine Waffen abliefern?

Zur Ablieferung ist jedermann verpflichtet, der Militärwaffen in seinem Besitz hat. Von der Ablieferungspflicht ausgenommen sind lediglich die Angehörigen der Reichswehr, der Sicherheitspolizei und diejenigen Beamten, die die Waffen zur Ausübung ihres Berufs führen. Der Besitz eines Waffenscheins oder Jagdscheins entbindet nicht von der Ablieferungspflicht.

Gendarmenmord in Teltow.

Der Täter verhaftet.

In der Nacht von Montag auf Dienstag ist in Teltow der Gendarm Gehler, der in Teltow stationiert ist, von einem Unterwachtmeister der Sicherheitspolizei in Dortmund, Frankenberg, der zurzeit in Teltow auf Urlaub weilt, durch mehrere Revolverschüsse getötet worden. Ueber die näheren Umstände erfahren wir folgendes:

Der Landjäger Gehler befand sich in Begleitung von zwei Männern des Teltower Feldschutzes auf der Patrouille durch die Kartoffelfelder und legte sich mit einem derselben auf die Lauer. Bald darauf hörten sie ein verdächtiges Geräusch, Gehler sprang hinzu und traf Frankenberg beim Kartoffeldiebstahl. In seiner Begleitung befand sich sein Vater und sein 16jähriger Bruder. Auf den Anruf: „Halt, Polizei!" erwiderte Frankenberg mit dem Gruß: „Hier auch Polizei!" wobei er sofort einen Schuß auf den Landjäger abgab, der getroffen zur Erde sank. Um ihn völlig unfähig zu machen, gab er auf den am Boden Liegenden noch drei Kopfschüsse ab. Als auf die Schüsse die Begleiter Gehlers herbeieilten, ergriff Frankenberg mit seinen Verwandten die Flucht. Sie begaben sich nach ihrer am Teltower Bahnhof gelegenen Laube. Dort versteckte Frankenberg seine Pistole und ging zu einem benachbarten Gartenbesitzer, den er mit der Bemerkung weckte, es müsse in der Nähe ein Mord passiert sein. Am Tatort fanden beiden Gehler tot vor. Nachdem er noch telephonisch der Gendarmeriestation gemeldet hatte, daß Gehler auf der Teltower Feldmark tot aufgefunden worden sei, legte Frankenberg sich ruhig schlafen. Mit Tagesanbruch wurden von herbeigeeilten Landjägern am Tatort Polizeihunde angesetzt, die sofort die Spur aufnahmen und auf die Laube Frankenbergs zueilten. Hier zur Rede gestellt, verwickelte er sich in Widersprüche, als aber die Pistole in Laube gefunden wurde, gestand er die Tat ein. Er und seine Verwandten wurden festgenommen.

Leichenteile im Grunewald.

Dienstag vormittag fand ein Hochbahner, der nach dem Grunewald hinausgefahren war, um dort Holz zu sammeln, im Jagen 76, unweit der sogenannten Kaiserbrücke, in einer Schonung unter einem Eichenbaum zwei Kartons. Er öffnete diese und stellte mit Entsetzen fest, daß sie Leichenteile enthielten, einen angebrannten Kopf und verschiedene Knochen, von denen das Fleisch abgelöst ist, sowie innere Teile und Eingeweide.

Er ließ die Pakete unter dem Baume liegen und benachrichtigte den zuständigen Gendarmeriewachtmeister Majewski. Die Kriminalkommissare Dr. Riemann und Trettin und die Vertreter der Staatsanwaltschaft stellten fest, daß

zweifellos ein Mord

vorliegt. Wahrscheinlich handelt es sich um die Leichenteile einer 16 bis 18 Jahre alten Person, ob Mann oder Frau läßt sich noch nicht sagen. Der Rumpf mit Hals und Armen fehlt vollständig. Die Leichenteile waren eingewickelt in drei Tageszeitungen, die „Deutsche Tageszeitung", ein „Acht-Uhr-Blatt" und das „Berliner Tageblatt" vom 31. Mai 1917, einem Ausschreiben der Firma Spindler und Kreppapier, wie solches als Ersatz von Tischtüchern viel verwendet wird. Unter diesen Papierfetzen lag auch noch eine Papierserviette mit einem Blumenmuster, einem Rosenkranz. Außerdem fand man in den Paketen noch eine Krimmermütze, sog. Polenmütze. Die Kartons waren mit Papierbindfaden verschnürt und zusammengebunden. An dem Bindfaden war noch eine graue, schmutzige Mullbinde befestigt, an der beide Pakete anscheinend getragen worden sind. Der Schädel weist eine große Wunde auf. Ein Haarbündel, das man in den Paketen vorfand, läßt die Vermutung zu, daß es sich um ein Mädchen handelt. Für die Auffindung der fehlenden Leichenteile, die Feststellung der Person, die die Pakete dort niedergelegt hat und die Ermittelung des Täters wird eine hohe Belohnung ausgeschrieben. Da das Papier, in das die Leichenteile eingewickelt waren, noch nicht völlig durchnäßt war, so wird angenommen, daß die Kartons

erst im Laufe des Dienstag vormittags

dorthin gebracht worden sind. Von großer Wichtigkeit ist es daher, wenn Zeugen in der Bahn nach Nikolassee oder auf dem Wege von dort nach der Fundstelle eine Person mit diesen beiden Paketen gesehen haben.

Wer über das Verbrechen irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird gebeten, dies im Zimmer 76 des Berliner Polizeipräsidiums bei den Kommissaren Dr. Riemann und Trettin zu tun. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß das Verbrechen in Berlin ausgeführt worden ist. Anscheinend hat der Täter zunächst versucht, den Kopf vollständig zu verbrennen.

Der Kampf gegen die Tuberkulose.

Der Magistrat hat bei der Stadtverordnetenversammlung die Bewilligung von 10 000 M. zur Durchleuchtung von Säuglingen und Kleinkindern in den Röntgenabteilungen der städtischen Krankenanstalten beantragt. In der Vorlage heißt es: „Eine möglichst frühzeitige Erkennung der Tuberkulose ist von größtem Nutzen für den Kranken und seine Umgebung. Durch die gewöhnliche Untersuchungsweise mit Hörrohr und Klopfhammer ist die Feststellung im frühesten Alter oft nicht möglich; die Aerzte halten es daher in zunehmendem Maße für erforderlich, tuberkuloseverdächtige Kinder röntgen zu lassen. Die Deputation für die städtischen Krankenanstalten hat sich bereit erklärt, die Kinder der dem Jugendamt unterstellten Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen in ihren Röntgenabteilungen zu durchleuchten und photographische Aufnahmen zu machen. Da den Eltern der Kinder mit Rücksicht darauf, daß dies der Bekämpfung der Tuberkulose hinderlich sein würde, bei der Röntgenbehandlung Kosten nicht entstehen sollen, ist die Bewilligung des voraussichtlich hierfür erforderlichen Betrages von 10 000 M. bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt.

Ueberflüssige Redensarten.

Zu der mit dieser Ueberschrift in Nr. 438 veröffentlichten Mitteilung über ein Vorkommnis in der Neuköllner 22. Mädchen-Gemeindeschule (Schillerpromenade) schickt uns die Lehrerin Frl. Quehl eine lange Erwiderung. Wir ersehen aus dem Schreiben, daß sie die Notiz wohl nicht mit hinreichender Ueberlegung gelesen hat und daher nicht verstanden hat, worauf es bei der ganzen Angelegenheit ankommt.

„Ueberflüssige Redensarten" nannten wir nicht den Gebrauch der Worte „Vaterland" und „Vaterlandsliebe", wie Fräulein Quehl als unaufmerksame Leserin meint. Jede derartige Behauptung müßten wir als wahrheitswidrig zurückweisen, und sie wäre durch nochmaligen Veröffentlichung des vollen Wortlauts jener Notiz zu widerlegen. Als „überflüssige Redensarten" bezeichneten wir Frl. Quehls Bemerkungen über Leute, die angeblich „ihr Vaterland nicht lieben," und die von der Lehrerin vor versammelter Klasse geäußerte Aufforderung, „dann doch lieber auszuwandern." Die Lehrerin erzählt uns, daß sie an den Vater einer Schülerin in persönlicher Unterredung tatsächlich diese Aufforderung gerichtet habe, weil er kein deutsches Vaterland zu haben erklärte. Wir vermissen aber in dem Brief eine Angabe darüber, ob Frl. Qu., wie wir meldeten, auch in der Klasse sich so oder ähnlich geäußert hat.

Das Licht der Heimat.

7] Von August Hinrichs.

Die Heide ist heiliger Boden, den noch kein Pflug gebrochen, kein Spaten gespalten, kein Menschengeschlecht zernarbt und zerrissen hat.

Heilig und unberührt, wie die kreisende Natur sie geboren, wölben sich ihre braunen Hügel in ruhiger Wucht.

Müde verebbte die farbig quirlende Woge der Menschheit an ihrem Rande; keine jähen Schründe und klaffenden Tiefen boten ihr Halt, nur die grenzenlos ureinsame Armut schirmte den ewigen Frieden der Heide.

So arm ist sie an Menschengeschehen, — dafür lebt die Natur hier tiefer und größer als anderswo.

Rollen nicht die Stürme gewaltiger über sie hin, wälzen sich nicht die Wolken düsterer und in wuchtigeren Massen vorüber?

Wo spielt der Märzwind seliger im lichtgrünen Blattgekräusel der Birken, wo hängt der Herbst traurliger seine grauen Nebel an düstere Fuhrenkronen?

Ihre Nacht ist schwer, voll von traurigen Sagen und Märchen, die drohend und schaurig klingen; aber ihr Sommertag ist ein seliger Wirbel von Lerchenliedern.

Die Heide ist heiliger Boden und bettelelend arm.

Der Marschbauer steht in goldenen Schuhen, der Geestbauer in silbernen, für den Heidebauer sind die Holzschuhe geschaffen. Nur ein ganz einfaches, hartes und anspruchsloses Geschlecht mag hier hausen. Aber der Boden ist billig und wer wenig Geld und viel, unendlich viel Kraft und Ausdauer zur Arbeit hat, kann hier schon was Eigenes erwerben.

Was Eigenes — das ist es, was der Mensch will.

Allein wäre Harm Folkers wohl nie dazu gekommen, ein Stück Land zu besitzen, er konnte dem Himmel danken für seine Frau! Ihr unbeugsamer Wille hatte seine schwerfällige Kraft erst bewegt. Als ihre eigenen armseligen Mittel selbst hier nicht reichen wollten, hatte sie dem Pastor ein Darlehen abgerungen, und jetzt saßen sie beide als bodenständige Bauersleute auf eigenem Besitz.

Welch ein unermeßliches Glück für einen Tagelöhner.

Freilich, es war weit hinten in der Heide. Das Strohdach war niedrig und duckte sich fast allzu tief unter die Krone einer mächtigen alten Eiche; die Stuben waren eng mit niedrigen Fenstern, die Diele war uneben und aus Lehm gestampft. Aber sagte nicht jeder Stein, jeder Balken und jedes Stück: Ich gehöre dir?

Und diese Schollen, die seinen Schweiß tranken, sein Korn empfingen und in ihrem dunklen Schoß bewahrten und heimlich wachsen ließen — konnte er gleichgültig darüber hingehn? War nicht jeder Fußbreit Landes, den er bearbeitete, sein heimlicher Freund und Helfer? Wie untrennbar verwachsen Mensch und Erde miteinander.

Harm war eine einfache Natur. Aber wenn er am Ende seines Landes den Pflug wandte und alles vor Augen hatte: das Haus und den braunen Acker, rundum die weite Heide und den Fuhrenkamp dahinter, dann spannten sich seine Fäuste fester um den Pflugsterz und er tat einen tiefen und seligen Atemzug. Fest und sicher, wie ein König, schritt er über seine Erde.

Ach, die vergalt ihm die Liebe, seinen Schweiß und seine frohen Gedanken nur wenig. Seit Jahrtausenden hatte hier nur kümmerliches Heidekraut die armseligen Wurzeln hinabgesenkt, das bescheidene Dasein mit allergeringster Nahrung fristend — jetzt sollten hier Kartoffelacker und Kornfeld grünen. Wars ein Wunder, daß die Erde nur wenig gab, da sie fast nichts zu vergeben hatte? Nach unmenschlichem Schweiß und Fleiß entstanden ein paar magere Aecker in der braunen Oede. Das gab ein dürftiges Brot für die Heideleute, aber sie warens beide zufrieden, sie waren doch freie Leute.

Wenn Harm über sein Land ging, trug er den Kopf hoch und sang und pfiff wie nur einer. Zu Hause aber ging er immer in einem bedächtigen, fast feierlichen Ernst umher. Er staunte über das Wunder seiner Ehe.

Dunkel empfand er, daß Meta über ihm stand, und obwohl sie zutraulich war, gern lachte und ihn manchmal neckte, sah er in ihr immer etwas Hohes und Heiliges.

Meta aber freute sich über ihre Ehe, über ihren Mann und über ihr kleines Anwesen.

Sie sah, wie Harm sie verehrte. Es war rührend, wie der große und starke Mann sie mit seiner Liebe umgab; mit seiner Liebe, die so unbeholfen, ehrlich und natürlich war. Sie war stolz auf ihn. Welche verhaltene Kraft lag in allem, was er tat, selbst in der behutsamen Art, mit der er alle Sachen im Haus berührte. Und niemals sah sie ihn untätig, immer noch fand er etwas anderes zu tun, zu verbessern oder neu anzulegen. Vor allem aber war er erfinderisch in kleinen Aenderungen im Haus, um Meta die Arbeit zu erleichtern.

Seine unaufhörlichen Bemühungen und seine zarte Rücksichtnahme stimmten Meta ganz weich. Dennoch fühlte sie, daß es zu dem allerletzten heiligen Verstehen, zum völligen Aufgehen ineinander eigentlich nicht kam zwischen ihnen.

Mitunter hatte sie das Verlangen, ihm näher zu kommen. Dann wand sie ihm abends wohl die Arbeit aus der Hand, schob ihren Arm unter seinen und zog ihn mit zu einem Schlendergang durch Haus und Garten. Dabei war sie lustig und ausgelassen, lachte und plauderte ihm etwas vor. Harm aber wunderte sich, wie sie bei solchen Gelegenheiten mit allen Dingen und Tieren sprach. Er hätte das nie gekonnt, aber er hörte gern zu und freute sich, wenn sie ernsthaft vor ihrer Kuh stand und sie in drolliger Weise lobte oder schalt: „Du bist gar nicht nett, daß du heute nicht mehr Milch gegeben hast. Was denkst du — wir wollen doch weiterkommen — hörst du? Oder meinst du, wir wollen ewig nur eine einzige Kuh im Stall haben?" Harm stand lächelnd dabei und schwieg. „Du," sagte sie dann wohl zu ihm und knuffte ihn in die Seite, „sag doch auch mal was!"

Aber er meinte nur: „Ach Meta, was soll ich wohl sagen — das verstehst du viel besser!" Und schwieg weiter. Nur draußen auf seinem Land wurde er lebendig und sprach davon, wann diese Arbeit vorgenommen werden mußte und wann jene.

Sie besaßen ein tüchtiges Stück Heideland, von dem erst ein Teil zu Ackerland gemacht war. Zum Glück war ein Streifen schon zu Grasland hergerichtet, so daß sie gleich die Kuh halten konnten. Das andere wollte Harm alles nach und nach umpflügen und bearbeiten.

Sie hatten eine ungeheure Arbeit vor sich, aber davor war ihnen nicht bange. War es nicht alles ihr Eigentum? Welche Seligkeit, darin zu arbeiten.

Mit dem weitab gelegenen Dorf hatten sie fast gar keine Berührung und hätten auch keine Zeit dazu gehabt. Sie lebten nur für ihren Hof.

Mitunter gingen sie auf Metas Drängen an stillen Abenden wohl ein Stück in die Heide hinein. (Forts. folgt.)

Wohnlauben zur Linderung der Wohnungsnot. Die Nutzbarmachung von Wohnlauben zur Linderung der Wohnungsnot bezweckt eine Sonderpolizeiverordnung, die der Wohlfahrtsminister dem Regierungspräsidenten als Entwurf zur Inkraftsetzung mitgeteilt hat. Die Benutzung der zahllosen Lauben zu Wohnzwecken soll das wettestgehende Entgegenkommen finden. Wohnlauben bedürfen nur der Bauerlaubnis und Gebrauchsabnahme. Die Ortspolizeibehörde soll bei den Bauvorlagen Erleichterungen gewähren. Wohnlauben dürfen in der Regel nur eine Grundfläche bis zu 30 Quadratmeter und eine Vorlaube von höchstens 10 Quadratmeter erhalten. Die Mindestentfernung von der Nachbargrenze muß 5 Meter betragen. Unmittelbar an der Nachbargrenze müssen sie eine Brandmauer erhalten. Zementdielen und dergleichen können zugelassen werden. Sie dürfen nur ein Geschoß erhalten. Die Höhe darf 3 Meter und bis zum First 5 Meter nicht übersteigen. Die lichte Höhe der Innenräume muß mindestens 2,20 betragen. Die Umfassungswände dürfen aus Holz-, Brett- und Pappenwerk, Eisenblech, Drahtputz, Gipsdielen, Lehm und ähnlichen Stoffen hergestellt werden. Sie müssen feuersicher gedeckt werden. Ausnahmen kann die Ortspolizei zulassen. Eine Feuerstätte ist zulässig. Jede Laube muß einen Abort erhalten. Sonderverordnungen sind bis jetzt nur für die Kreise Teltow, Niederbarnim und Potsdam erlassen worden.

Zur Mehrung der Pilzkenntnis ist in neuerer Zeit durch Vorträge und Ausstellungen nicht wenig getan worden. Wie lebhaft das Verlangen nach Belehrung über Pilze ist, zeigte sich gestern abend bei dem im Märkischen Museum veranstalteten Vortrag des Pilzkenners, Gemeindeschullehrers Roman Schulz. Der Saal füllte sich bereits eine halbe Stunde vor Beginn des Vortrags, und es kam dann bald zu einer starken Ueberfüllung durch die Schar der nachdrängenden Besucher. Schulz, der als Leiter der Pilzberatungsstelle vielen Belehrungsuchenden längst bekannt ist, wies einleitend darauf hin, daß Aufklärung über Pilze immer noch vielen sehr nötig ist. Den Wert dieser Schätze des Waldes hat man seit den Kriegsjahren wieder mehr würdigen gelernt, aber die Gefahr der Vergiftung hält manchen ab, Pilze zu sammeln. Ein Mittel, Pilze als giftig zu erkennen, ist weder die mitgekochte Zwiebel, die sich verfärben soll, noch der silberne Löffel, den die Hausfrau gläubig hineinsteckt. Das sicherste Mittel ist eine möglichst genaue Kenntnis der Pilze und die Fernhaltung von all denjenigen Pilzen, die man nicht kennt. Schulz betonte, daß auch bei der Behandlung gesammelter Pilze noch manches zu beachten ist, damit sie nicht rasch verderben und dann schädlich werden. Die Pilze sollen sofort von anhaftender Erde gesäubert werden, sie sollen nicht in Taschen oder Säcken, sondern in Körben oder Kartons getragen werden, zu Hause sollen sie bald gepuzt und zubereitet oder, wenn das nicht möglich ist, luftig und kühl aufbewahrt werden. Den Vortrag, der die verschiedenen Pilzarten ausführlich erläuterte, unterstützte eine reichhaltige Auswahl prächtiger Lichtbilder in sehr starker Vergrößerung. Den Belehrungsuchenden ist dringend zu empfehlen, auch die Pilzausstellung im Märkischen Museum zu beachten. Sie wird heute eröffnet und kann bis auf weiteres täglich von 10—3 Uhr besichtigt werden.

Die weltliche Schule in Neukölln.

Der Beschluß der städtischen Körperschaften, für Neukölln weltliche Schulen zu errichten, soll dadurch in die Tat umgesetzt werden, daß vom 1. Oktober ab besondere Unterrichtsklassen bzw. Klassengruppen für alle diejenigen Schüler und Schülerinnen eingerichtet werden, welche am Religionsunterricht nicht teilnehmen.

Die Forderung der Weltlichkeit der Schule ist eine alte sozialdemokratische Forderung, die mit der Frage des Religionsunterrichts an sich nichts zu tun hat. Von den Gegnern der weltlichen Schule wird der Kampf um diese in bewußt demagogischer Weise in einen Kampf um die Religion umgelogen. Viele Eltern und Erziehungsberechtigte lassen sich dadurch noch immer abhalten, von ihrem verfassungsmäßigen Recht, ihre Kinder vom Religionsunterricht in der Schule zu befreien, Gebrauch zu machen. Viele Eltern aber scheuen auch die außerordentlich geringe Mühe, dem Schulleiter den leider noch erforderlichen schriftlichen Antrag zu unterbreiten. Diese Scheu muß überwunden werden, und besonders in Orten wie Neukölln, in denen es möglich ist, der weltlichen Schule in größerem Umfange Eingang zu verschaffen. Da nun nach Mitteilungen in der Ortspresse den Schulleitern bis zum 11. September die Anträge auf Befreiung vom Religionsunterricht eingereicht sein sollen, um diese Kinder in geeigneter Weise auf die einzelnen Schulen verteilen zu können, müssen unsere Parteigenossen alles daran setzen, daß möglichst alle Arbeitereltern von diesem Recht Gebrauch machen. Unsere Parteigenossen haben in den Abteilungsversammlungen die beste Gelegenheit zu ausgiebiger Propaganda für die weltliche Schule. Der rogste Eifer ist daran zu setzen, der weltlichen Schule in Neukölln zu einem durchschlagenden Erfolg zu verhelfen.

Allen Arbeitereltern ist aufs dringendste nahezulegen, sofort dem Schulleiter mitzuteilen, daß sie ihre Kinder vom Religionsunterricht befreit wissen wollen. Folgender Wortlaut genügt, um die sofortige Befreiung zu erwirken:

Herrn Rektor . . . . . der Gemeindeschule in . . . . . .

Ich beantrage die Befreiung meines Sohnes (Tochter) vom Religionsunterricht. Ich trage Gewissensbedenken.

Niemand scheue sich, wenn vorgedruckte Formulare nicht erreichbar sind, diese wenigen Worte zu Papier zu bringen und den Kindern mit in die Schule zu geben. Der Wille der Arbeiterschaft ist unüberwindlich, wenn dieser sich zu einigem Wollen verbindet.

Einrichtung einer Sanitätsstube im Neuköllner Rathaus. Zur vorläufigen Unterbringung von im Rathaus erkrankten Personen hat der Neuköllner Magistrat einen Sanitätsraum im Rathaus hergerichtet, woselbst den Erkrankten bzw. Verunglückten die erste notwendige Hilfeleistung zuteil werden soll. Des weiteren wird auch im Kriegsfürsorgeamt für dort erkrankte Kriegsbeschädigte ein Unterkunftsraum zur Verfügung gehalten.

Neukölln. Volkshochschule. Die bisher von dem Lektor Tomas Alguizu im Rahmen der hiesigen Volkshochschule abgehaltenen spanischen Kurse müssen wegen Behinderung des Dozenten ausfallen. Die Hörer werden gebeten, die von ihnen gezahlte Gebühr im Bureau des Volksbildungsamts, Rathaus, Zimmer 218, werktäglich in der Zeit von 9—2 Uhr in Empfang zu nehmen.

Steglitz. Die nächsten Pilzwanderungen finden am Donnerstag, Abfahrt 2.45 vom Lehrter Hauptbahnhof, und am Sonntag, Abfahrt 9 Uhr vom Lehrter Hauptbahnhof, statt. Sodann werden bis auf weiteres nur noch Nachmittagswanderungen, und zwar Mittwochs und Sonnabends, unternommen. Anfängern sei der vorherige Besuch der Ständigen Schaustellung eßbarer und giftiger Pilze im Medizinalamt der Stadt Berlin, C., Fischerstr. 39—42 (am Mühlendamm) empfohlen, die täglich von 8 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit geöffnet ist.

Treptow. Die Gemeindevertretersitzung vom 3. d. M. nahm die zwischen der Stadtgemeinde Berlin und den Verbänden der Arbeiter-, Angestellten- und der Beamtenausschüsse abgeschlossenen Tarifverträge mit der Maßgabe zu, daß die von der Stadt Berlin zu diesen Tarifen herausgegebenen beziehungsweise noch herauszugebenden Erläuterungen auch für die Gemeinde Treptow verbindlich sein sollen. Als Ergänzung zum Tarif für die Angestellten beschloß die Gemeindevertretung die Vorausbezahlung des Gehalts für die ständig Angestellten, und zwar erhalten ab 1. September die noch nicht 5 Jahre im Dienste der Gemeinde stehenden ständigen Angestellten das Gehalt monatlich, die mehr als 5 Jahre vierteljährlich im voraus. Bei der Beschlußfassung über nachträgliche Zahlung von Teuerungszulagen an die Beamten, ständigen Angestellten und Lehrpersonen wies Genosse Strieder auf die Ungeheuerlichkeit hin, daß die Beamten heute noch auf die der Arbeiterschaft im Januar d. J. gewährte sogenannte Kartoffelzulage zurückgreifen. Den Beamten seien bereits zu jener Zeit und vordem Gehaltsaufbesserungen zum Ausgleich der Verteuerung der Lebensmittel gewährt worden. Außerdem kämen dabei Beträge heraus, die für die in den oberen Gehaltsklassen stehenden Beamten ein lächerliches Trinkgeld bedeuten. Einem Antrage der Erwerbslosen auf Zulassung eines Vertreters wurde stattgegeben. Es soll mindestens auf 500 Erwerbslose ein Vertreter kommen, der in einer ordnungsmäßigen Versammlung der Erwerbslosen gewählt werden soll. Neben der Erwerbslosenunterstützung werden dem Vertreter 18 M. Tagegelder zugestanden. Die Anträge betr. besondere Maßnahmen für die Erwerbslosen können mit Rücksicht auf die schon mit dem Ausschuß für Groß-Berlin angeknüpften Verhandlungen und die vom Reich neuerdings beschlossenen besonderen Maßnahmen nicht verhandelt werden. Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand, sie im Sinne der von der Zentralstelle zu erwartenden Beschlüsse zu regeln. Zur Frage der Notstandsarbeiten hat die Gemeinde ihre Anträge dem Hauptausschuß unterbreitet, der die vielen eingelaufenen Anträge, welche die vorhandenen Mittel zum Teil bei weitem übersteigen, sichten und planmäßige Verteilung vornehmen muß.

Reaktionäre Schnüffler in Hermsdorf.

Der letzten Hermsdorfer Gemeindevertretersitzung lag das nicht ganz freiwillige Gesuch des Amts- und Gemeindevorstehers Cheemu um Versetzung in den Ruhestand zur Entscheidung vor. Der stellvertretende Gemeindevorsteher Dr. Bode, der es in der vorigen Sitzung fertig gebracht hatte, den Antrag auf Erhöhung des Gehalts des Herrn Cheemu auf 30 000 M. und 50 Proz. Teuerungszuschlag zu stellen um bei der mit fünf gegen fünf Stimmen bei vier Enthaltungen eingetretenen Stimmengleichheit die Entscheidung zugunsten seines Freundes zu geben, verlangte jetzt, daß das Ruhegehalt auf Grund dieses Gehaltsbetrages festgesetzt werde. Unsere Genossen erhoben scharfen Einspruch unter Hinweis auf den beim Magistrat der Stadt Berlin gegen die 45 000 M. Gehalt erhobenen Einspruch mit dem Erfolg, daß die Festsetzung des Ruhegehalts mit erheblicher Mehrheit abgelehnt wurde. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden ohne Zwischenfälle erledigt. Erst die dann vom stellvertretenden Gemeindevorsteher zur Verlesung gebrachten Anfragen führten zu stürmischen Auftritten.

Der bürgerlichen Mehrheit ist der stellvertretende Amtsvorsteher Genosse Prof. Neunzig natürlich ein Dorn im Auge, und da sie gegen seine im Gegensatz zu der des verflossenen Herrn Cheemu tatkräftige und gewissenhafte Amtsführung nichts unternehmen können, so hatten sie eine ebenso hinterhältige wie niedrige Machination auf anderem Gebiete gegen ihn ersonnen. Vater des sauberen Planes war der Lehrer Lumma. Genosse Neunzig versieht nämlich seit seiner Wahl zum Schöffen auch das Dezernat des hiesigen Fürsorgeamts und hat in dieser Stellung mit Eifer und Erfolg gewirkt. Allerdings hat er bei dem von ihm veranstalteten Kinderfeste der von ihm in Verbindung mit der Quäkerspeisung eingerichteten Ferienkolonie beim Umzuge der Kinder — man denke nur — auch die Marseillaise von dem Musikkorps spielen lassen. Ferner hat er nicht verhindert, daß der nicht zur S. P. D. gehörige Genosse Grünberg, früher Mitglied des Volksrats und Kontrolleur der Gemeindeverwaltung, von dem aus 15 Personen aller Parteien zusammengesetzten Fürsorgeausschuß der Gemeinde einstimmig dazu bestimmt wurde, bei der kürzlichen Untersuchung und Auswahl der Kinder für die Quäkerspeisung mitzuwirken. Er hat ferner nicht verhindert, daß besagter Grünberg neben dem Arzt und dem Rektor auch bei der Untersuchung der 6 bis 14 Jahre alten Mädchen zugegen war. Wegen dieser beiden Todsünden hatten sämtliche bürgerliche Gemeindevertreter den Genossen Neunzig für „unwürdig" befunden, weiterhin Leiter des Fürsorgeamts zu sein. In der nun folgenden stürmischen Auseinandersetzung wurde besonders Herrn Lumma, dem Urheber der schäbigen Heuchelei, ein Spiegel vorgehalten und ihm zu Gemüte geführt, daß er zu allerletzt berechtigt sei, sich über andere sittlich zu entrüsten. Ferner wurde ihm und seinen Geistesverwandten bedeutet, daß die Neugestaltung der politischen Verhältnisse für das neue Berlin binnen kurzem die Möglichkeit bieten würde, mit der reaktionären bürgerlichen Masse in der Verwaltung aufzuräumen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Johannisthal. Ausgabe von Lebensmitteln vom Freitag, 10. d. M., ab. 500 Gramm Suppennudel (673), 500 Gramm Haferflocken (40). In der Gemeindeverkaufsstelle: 1 Päckchen Stärkeoff (674). Für Kinder: 1 Päckchen Albertfeks (675). Für Kriegsbeschädigte: 2 Pfund Buchweizengrütze, 2 Pfund Teigwaren I (9). Für alte Leute: 200 Gramm Teigwaren I (9).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 8. September:

Neukölln. 7½ Uhr Mitgliederversammlungen. 1. Abt. Kottbuser Klause, Kottbuser Damm. — 2. Abt. Aula Knabenmittelschule, Donaustraße 120. — 3. Abt. Karlsgarten, Karlsgartenstr. 6. — 4. Abt. Aula Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Straße. — 5. Abt. Gambrinus, Kaiser-Friedrich-Str. 88. — 6. Abt. Gohlke, Hermannstr. 199. — 8. Abt. Wolfs Gesellschaftshaus, Kirchhofstr. 41. — 10. Abt. Beethold, Kranoldplatz 1. — Tagesordnung: Stellungnahme zum Bezirks- und Parteitag. Wahl der Delegierten zum Bezirkstag und zur Kreisvertreterversammlung. Beiträge werden entgegengenommen. — Donnerstag, 7½ Uhr, Generalversammlung, Aula Oberrealschule, Emser Str. Tagesordnung: Jahresbericht des Vorstandes. Wahl der Gruppenleitung. Aufstellung der Kandidaten zum Parteitag. Anträge zum Parteitag.

Alt-Glienicke-Falkenberg. 7½ Uhr Zahlabend bei Bohne, Grünauer Straße.

Weißensee. Die Mitgliederversammlung beginnt erst um 8½ Uhr.

Spandau. Betriebsräte, Arbeiterräte, Betriebsvertrauensleute und Funktionäre der S. P. D. sämtlicher Spandauer Betriebe. Im Hotel Stern, Potsdamer Straße: Versammlung. Tagesordnung: Zusammenfassung und Aufgaben der Betriebsräte. Referent: Clemens Nörpel. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet. Mitgliedsbuch legitimiert.

Morgen, 9. September:

Charlottenburg. 7½ Uhr Generalversammlung in der Leibniz-Oberrealschule, Schillerstr., am Knie. Tagesordnung: Stellungnahme zum Bezirks- und Parteitag.

Steglitz. 8 Uhr in der Aula des Gymnasiums, Hersestr., Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Partei- und Bezirkstag. Neuorganisation. Tagesfragen. Bezirksführer um ½8 Uhr abends gebeten.

Jugendveranstaltungen.

Heute ½8 Uhr:

Buchholz. Gemeindeschule, Berliner Straße 19: Liederabend. — **Erkner.** Schule, Adlerstraße: Mitgliederversammlung. — **Friedrichshagen.** Scharnweberstr. 105a: Vortrag Ferdinand Lassalle. — **Karlsdorf.** Schule, Adolfstraße: Mitgliederversammlung. — **Lichtenberg.** Parkaue 10: Vortrag. Tabloiddrama. — **Mahlsdorf.** Schule Waldersee-straße: Mitgliederversammlung. — **Prenzlauer Vorstadt.** Schule, Senefelder Straße 6/7: Mitgliederversammlung. — **Rosenthaler Vorstadt.** Schule, Bergstr. 86: Mitgliederversammlung. — **Südost. Reichenberger Viertel.** Schule, Glogauer Straße 12/16: Vortrag Entwicklung der deutschen Literatur. — **Tempelhof.** Germaniastr. 6/7: Mitgliederversammlung. — **Wedding.** Schule, Müller- Ecke Triftstraße: Mitgliederversammlung. — **Westen.** Kurfürstenstr. 141: Vortrag Erste Hilfe bei Unglücksfällen.

Sozialistische Schülersektion Groß-Berlin. Die Veranstaltungen sind vom Mittwoch auf den Montag verlegt. Wir bitten, unsere Veröffentlichungen in jeder Montagausgabe zu beachten.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Fortdauernd kühl, zeitweise aufklarend, im Osten wiederholt, sonst nur vereinzelte leichte Regenschauer bei mäßigen nordwestlichen Winden.

Wirtschaft

Planlose Produktion landwirtschaftlicher Maschinen.

Daß der Weltbedarf an landwirtschaftlichen Maschinen riesengroß ist und auch zur Intensivierung der deutschen Landwirtschaft große Mengen von Maschinen dringend gebraucht werden, steht außer Frage. Und dennoch sieht es zurzeit in der deutschen Industrie für landwirtschaftliche Maschinen sehr böse aus. Tausende von Arbeitern sind entlassen worden, weil der Absatz für die großen Lagerbestände fehlt infolge der hohen Preisforderungen, die von den Landwirten abgelehnt werden, für die auch teilweise die Kaufkraft fehlt.

Als es sich um die Umstellung von Kriegsbetrieben auf Friedensbedarf handelte und viele Unternehmen vor die Frage gestellt waren, welche Fabrikationsartikel können sie jetzt aufnehmen, da wurde fast überall auf die landwirtschaftlichen Maschinen zurückgegriffen, weil eben eine riesige Nachfrage gesichert schien.

Als Folge der „freien" Wirtschaft fehlte aber eine Produktionsstatistik, die Unternehmer selbst wußten gar nicht, welche Betriebe landwirtschaftliche Maschinen bereits herstellen, da dem Verband nur ein Teil der Unternehmer angehörte. Nur über den Export lagen dank der Ausfuhrstatistik des Reiches einige Angaben, die einen Anhalt boten, vor.

Wer den Vorgängen aufmerksam gefolgt ist, konnte nicht darüber im Zweifel sein, daß das wilde Drauflosfabrizieren für den Markt sehr bald zu Schwierigkeiten führen würde, wie sie ja auch eingetreten sind. Die Leidtragenden sind die Arbeiter und Angestellten, die Schuldigen sind die Unternehmer, die aus reinstem Egoismus die Anbahnung von Verständigungen über die Produktion unterlassen haben. Unter dem Zwang der Ausfuhrgenehmigungen ist eine Preispolitik durch Ausbau der Fachverbände erreicht worden, die zwar einer Verschleuderung deutscher Maschinen in das Ausland einen Riegel vorgeschoben hat, aber den Inlandsverbrauch vor Preistreibereien nicht ausreichend schützte.

So büßen heute die Arbeiter und Angestellten für den Egoismus des Unternehmertums, das eine Planwirtschaft, eine Verständigung über ein Produktionsprogramm ablehnte. Es gibt keinen anderen Weg unter den Verhältnissen, mit denen wir dauernd zu rechnen haben, als eine zielklare Organisation der Produktion und des Vertriebes. Die Unternehmer müssen mit Gewalt zusammengeschmiedet werden zu Produktions- und Vertriebsgemeinschaften, ihrem der Volksgesamtheit gegenüber verantwortungslosen Handeln muß ein Ende gemacht werden. Dringend notwendig ist, daß die Betriebsräte der gleichen Fachgebiete sich schnellstens zu Fachgruppen zusammenfinden, daß z. B. alle Betriebsräte der Fabriken landwirtschaftlichen Maschinen im ganzen Reich schleunigst zusammentreten und den Zusammenschluß zum Zwecke einer planmäßigen und rationellsten Produktion und Schaffung großzügiger Verkaufsorganisationen für den Weltmarkt fordern und erzwingen. Daß die Schuld an dem Elend in der Zersplitterung der Produktion liegt, ist unbestreitbar. Der Vorwurf, daß die Unternehmer Sabotage treiben, um die Arbeiter niederzuzwingen, indem sie die Produktionsanarchie aufrechterhalten, statt sie schnellstens zu beseitigen, was sie sehr wohl können, wenn sie wollten, muß erhoben und aufrechterhalten werden, auch wenn von Unternehmerseite dagegen Einspruch erhoben wird. astr.

Die französische 8-Prozent-Dollaranleihe ist nunmehr mit einer amerikanischen Bankgruppe unter Führung Morgans zustande gekommen. Es handelt sich um 100 Millionen Dollar, die zu 8 Proz. verzinst und innerhalb 30 Jahren zum Kurse von 110 zurückgezahlt werden. Ein Tilgungsfonds ist auf Grund einer Prämienlotterie vorgesehen.

Parteinachrichten.

Parteibewegung am Niederrhein.

Die Bezirksleitung für den rechtsrheinischen Bezirk Niederrhein hat infolge verschiedener Schwierigkeiten erst jetzt ihren Bericht über das verflossene Geschäftsjahr herausgegeben. Der Bezirk umfaßt die rechte Rheinseite des Regierungsbezirks Düsseldorf. Die Lage unserer Partei war im Berichtsjahr eine äußerst schwierige, da unsere Genossen unter der Kampfesweise der U. S. P., die im Bezirk stark organisiert ist, zu leiden hatten. Trotzdem ist es der eifrigen Arbeit unserer Parteigenossen gelungen, den Bestand der vollzahlenden Mitglieder um 1560 zu erhöhen. Es sind vorhanden: 17 090 männliche und 3472 weibliche vollzahlende Mitglieder. Die Beiträge wurden für Männer auf 50 Pf., für Frauen auf 25 Pf. wöchentlich erhöht. Am 1. Juni 1920 hatte die Sozialdemokratische Partei im rechtsrheinischen Bezirk Niederrhein folgende Gemeindevertreter (die in Klammern gesetzten Zahlen sind die von 1919): In 35 (34) Städten 289 männliche und 15 weibliche Stadtverordnete, zusammen 304 (324), in 28 (29) Landgemeinden 104 männliche und 4 weibliche Gemeindevertreter, zusammen 108 (100); in 19 (8) Städten 25 (13) Beigeordnete, darunter 9 besoldete; in 7 (1) Landgemeinden 8 (1) Gemeindevorstandsmitglieder. Endlich sind in die bis zum vorigen Jahre sozialistenreinen Kreistage Sozialdemokraten eingezogen, und zwar in 7 Kreistage 36 sozialdemokratische Abgeordnete. Unter den Beigeordneten, Gemeindevorstandsmitgliedern und Kreistagsabgeordneten befindet sich keine Frau.

Der Kapp-Putsch vom 13. März 1920 brachte ein zeitweiliges Bündnis der drei sozialistischen Parteien zur Abwehr der Reaktion. Die daran geknüpften Hoffnungen auf größere Einigkeit der sozialistischen Arbeiter wurde durch das spätere Verhalten der Unabhängigen bald wieder zerstört. Insbesondere ließ die Kampfesweise der Unabhängigen im Reichstagswahlkampf an Niedrigkeit nichts zu wünschen übrig. Bei den Reichstagswahlen gingen im 25. Wahlkreis, der den größten Teil des Bezirks umfaßt, die sozialdemokratischen Stimmen von 248 602 auf 96 589, also um 69 Proz. zurück. Von den drei innegehabten Mandaten verlor die Partei zwei. Die Reststimmen verhalfen uns zu einem zweiten Mandat im 26. Wahlkreis (Duisburg und linker Niederrhein), der also zwei sozialdemokratische Abgeordnete erhielt. Infolge der Geschäftskrise ist augenblicklich ein Stillstand in der Aufwärtsbewegung der Partei zu verzeichnen. Doch sind die Parteigenossen durch die Wahlniederlage nicht entmutigt, es macht sich im Gegenteil überall ein frischer Zug zu eifriger Arbeit für die Partei bemerkbar, der zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt.

Sozialdemokratische Reichstagskandidaten für Ostpreußen. Ein Provinzialparteitag der Sozialdemokratischen Partei Ostpreußens stellte für die in Ostpreußen noch bevorstehenden Reichstagswahlen folgende Kandidaten auf: 1. Landtagsabgeordneter Seemann-Königsberg; 2. Reichstagsabgeordneter Schulz-Elbing; 3. Landarbeitersekretär Wärger-Königsberg; 4. Polizeipräsident Lübbering-Königsberg; 5. Reichstagsabgeordneter Wolff-Tilsit; 6. Beamter Legatis-Pillkallen; 7. Landtagsabgeordnete Frau Wohlgemut.

Der Ausschlußantrag gegen Gen. Noske ist zurückgezogen. Die Kieler Genossen haben sich davon überzeugt, daß ihre Absicht, diesen Antrag direkt an den Parteitag zu bringen, statutenwidrig war.

Aus aller Welt.

Gegen den Typhus. Die immer mehr um sich greifende Typhusepidemie in Polen und Osteuropa wächst sich zu einer Gefahr für alle Länder aus. Balfour hat im Namen des Völkerbundrates an verschiedene Regierungen einen Appell gerichtet, um sofort 250 000 Pfund Sterling zu bekommen, damit ein Grundstock geschaffen werde für die 10 Millionen, die notwendig sind, um den Typhus erfolgreich zu bekämpfen.

Alte Rechnung. Der Prager Stadtrat beschloß, an den Präsidenten und die Regierung der Republik das Ersuchen zu richten, daß alle den Prager Städten durch das gesetzwidrige Urteil Kaiser Ferdinands I. vom 8. Juli 1547 konfiszierten Güter der Stadt Prag zurückerstattet werden, bzw. daß alle Maßnahmen zur Aufhebung des ungerechten Urteiles und Beseitigung seiner Folgen ergriffen werden. Soweit es sich um Güter handelt, deren Rückgabe nicht mehr möglich ist, weil sie von dritten Personen in gutem Glauben erworben worden sind, erhebt die Stadt Anspruch auf volle Entschädigung aus dem in der Republik befindlichen Privatvermögen der Familie Habsburg-Lothringen. — Es handelt sich um eine der Strafen Altösterreichs gegen die ketzerischen und aufsässigen Tschechen.

Die Rache des Heiligen. In Dobrowitz bei Jungbunzlau in Böhmen kam es bei der Entfernung einer Statue des heiligen Nepomuk zu einem Unglücksfalle. An dem Tage, an welchem sie entfernt wurde, versammelte sich eine große Menschenmenge auf dem Marktplatze. Die Arbeiter, die das Standbild abnahmen, ließen die Statue fallen, wodurch ein Arbeiter und ein Kind schwer verletzt wurden.

Erdbeben. Dienstag morgen wurde von der Hamburger Hauptstation für Erdbebenforschung ein außerordentlich heftiges Erdbeben auf 12 000 Kilometer Entfernung registriert. Die Aufzeichnungen begannen um 6.58 Minuten 0,6 Sekunden. Ein bemerkenswertes Nahbeben wurde ferner gestern zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags registriert. Die Heidelberger Warte gibt für dieses Nahbeben 400 Kilometer Entfernung an.

Flugzeugunglück bei Paris. Ein Militärflugzeug stürzte gestern auf den Hof eines Kinderheims im Pariser Vorort Montrouge ab. Vier Kinder wurden getötet, eins schwer verletzt.

In Uruguay wurde die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Deutschland bei einem Fest mit herzlichen Worten für das deutsche Volk gefeiert.

Die Qualitäts-Zigarette

DESNOLI

Ein Versuch überzeugt Sie

Emin Pascha 30 Pfennig

Suez 40 Pfennig

Fabrik: N 37, Schwedter Str. 13

FERNSPRECHER: Humboldt 4363 und 1366

Opernhaus. Der Barbier v. Sevilla 7 Uhr.

Schauspielhaus. Der Kronprinz. 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt **Deutsches Theater.** 7 Uhr: Romeo und Julia.

Kammerspiele. 7½ Uhr: Büchse der Pandora.

Gr. Schauspielhaus (Karlstraße) 7: Danton (1. Abt., 1. Abd.)

Theater i. d. **Königgrätzer Straße** 8 U: Baumeister Solness.

Komödienhaus 8½: Eine Nacht im Paradies.

Berliner Theater 8½ Uhr: Der letzte Walzer

Central-Theater Geschloss. Freitag: **Frau Bärbel.**

Deutsches Opernhaus 7 Uhr: **Martha.**

Friedr.-Wilhelmst.Th. 7½ Uhr: Der blonde Traum.

Kleines Theater. 7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie

Kl. Schauspielhaus. 7½ U.: Der Floh im Panzerhaus

Komische Oper 7½ Uhr: Liebe im Schnee.

Lustspielhaus 7¼ Uhr: Arnold Rieck in Zwangseinquartierung.

Metropol-Theater. 7 U.: Hollandweibchen

Neues Central-Theater 7½ U.: Die Dame im Frack.

Neues Operettenhaus 7½ U.: Die Csikosbaroness.

Neues Volkstheater 7½ Uhr: Der Biberpelz

Schiller-Theat. Charl. 7½ U.: Nathan der Weise

Thalia-Theater 7½ U.: Hobelt die Tänzerin.

Th. am Nollendorfplatz 7 Uhr: Wenn Liebe erwacht

Theater des Westens 7½ U.: Der ersten Liebe gold. Zeit

Wallner-Theater 7½ Uhr: Die Frau im Dunkeln.

Walhalla-Theater. 7½ Uhr: Die Internationale.

Residenz-Theater. Untergrundbahn Klosterstr. Täglich 8 Uhr. Die Freundin. Von Hermann Sudermann. Regie: Alfred Rotter. Durieux, Toelle, Albers, Bildt, Bienfeldt, Valentin. Sonntag 4: Der Störenfried

Trianon-Theater. Bahnhof Friedrichstraße. Allabendlich 8 Uhr: Hansi Arnstädt und Paul Otto in: **Untreu** Sonntag 4: Der gute Ruf.

Rose-Theater. 7½ Uhr: Die Ratten.

Casino-Theater Lothringer Str. 37. — Tgl. 8: Das gr. Eröffnungsprogramm mit dem neuen Schlager: **Knorp's sel. Witwe** und „Anschluß verpaßt". Singspiel mit Viktor Litzek. Sonntg. 3½: Gebrüder Zorn.

Varieté-Café **Moritzplatz** Cranienstraße 53-54 Martin Loewe Childa Drei Urbarnis und das große Varieté-Programm.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 7½ U.: Der Richter von Zalamea.

Lessing-Theater. Allabendlich 7½ Uhr: **Die Tänzerin** (Leopoldine Konstantin, Kurt Götz, A. Haase).

Deutsches Künstler-Theater Allabendlich 8½ Uhr: **Die Scheidungsreise** mit Max Adalbert und Trude Hesterberg.

Circus Busch Gebäude. 3½ Sonntag 7½ Gr. Spezialität.-Vorst. In beid. Vorst. 1 Kind frei!

Schall und Rauch Im großen Schauspielhaus Bh. Friedrichstr. Tel. Nord 8643 Dir. Hans v. Wolzogen. Das gr. September-Progr. mit **Kulissen d. Seele** v. Nik. Nikolajew. Evreinoff. Hauptroll.: Hermann Thimig. Rob. Forster-Larrinaga. A. Flügel: Kpmstr. Spollanski. Konz. Vorv. A. Wertheim Beg. 7¼ u. Tagesk. v. 11-1. 8¼

Apollo- 7½ Theater 7½ Dir. James Klein. **Herbst-Sensations-** Eröffnungsprogramm Gastspiel d. internat. preisgekr. **Meister-Detektivs Hannussen** m. sein. einz. dastehenden Experim. u. Vorführ. **5 Carras** d. best. Akrob. d. Welt **Tegethoff** Schwed. Illusionist m. neuen Darbietung **Madame Lauré** d. tollkühne Schönh. u. weit. Sensationen.

Behrenstr. 54. Sonntags: 2 Vorstell. Nm. 3½ U.: Kleine Preise.

Theater a. Kottbus. Tor Tel.: Moritzplatz 14814. Abends 7½ und Sonntag nachm. 3 U.: **Elite-Sänger.** Neues Programm!

Walhalla Theater a. Rosenthaler Pl. Saison-Beginn: Donnerstag, den 16. Sept. Gastspiel **Wilhelm Hartstein** m. s. erstkl. Gesellschaft und das große Programm Sonntags 2 Vorstellungen.

Winter-Garten Täglich 7.15 Uhr: Varieté-Spielplan Rauchen gestattet!

Rennen zu Grunewald (Union-Klub) Mittwoch, 8. September, nachm. 2 Uhr 7 Rennen.

Reichshall.-Theater Abends 7½ und Sonntag Nm. 3 **Stettiner Sänger** Nachmittags halbe Preise.

Admirals-Palast 7½ U.: Flirt in St. Moritz.

Sie verdienen M. 2000 monatlich durch Uebernahme auch im **Nebenberuf** ausübbarer **Vertretung** (bogier. Artikel), Fachkenntnisse nicht erforderlich, für jeden Beruf und Ort geeignet. Spezialität für Verwandtengräte, Reisende, Reisende. Schreib. Sie an Minerva-Vertrieb, Kiel A 7

Möbel Bis 30 % Ermäßigung Küchen Schlafzimmer Speisezimmer Polsterwaren gegen bar und Teilzahlung **Kluge** Charlottenburg Wilmersdorf. Str. 19

Pelz- Kragen - Muffen - Mäntel Zahlungserleichterung! Pelzhaus **ARUCO** Leipziger Str. 58

Möbel-Kredit erhält jeder bei **Möbel-Groß** Große Frankfurter Straße 141, Invalidenstraße 5.

12 000 Straußfedern zu verkaufen. ca. ¼ Meter lang, Stück 1 M., 2 M., 3 M., 5 M.; ca. ½ Meter lang 5 M., 10 M., 15 M., 25 M. Muster gegen Nachnahme. **Hesse, Dresden,** Scheffelstraße.

Brillanten Bruch Gold, Silber, Platin und Zahngebisse zu höchsten Preisen **Heller & Eisenberg** G. m. b. H. Berlin C 19, Seydelstr. 6 Ztr. 1517 — a. Spittelmarkt

Achtung, Brautleute! 1 Dukaten-Trauring 900 gestempelt 150 Mk. an, 585 „ 105 „ „, 333 „ 65 „ „ inkl. Luxussteuer. Jeder Ring ist fugenlos aus massivem Golde hergestellt bei voller Garantie für Feingehalt! Jede Größe am Lager. **G. Alb. Thal** Erstes Berliner Spezialgeschäft für Trauringe. C. 19, Seydelstr. 5 (Spittelmarkt). Eigene Fabrikation.

Platin Gold-Kontakte Silberbruch Zahngebisse Quecksilber Brennstifte kauft zu höchsten Tagespreisen **Adolf Friedländer** Kommand.str. 29 1 Treppe rechts. Moritzplatz 4802.

Bartflechte Wunderbar hat bei mir ihr Bartflechtenmittel „Parasan" gewirkt. Es ist von all Mitt. d. beste was ich seit vier Jahr. angewend. habe. Bestrahlungen u. all. andere haben nicht so geholfen wie Ihr berühmt. Spezialmitt. So wurd. schon Tausende befreit. M. 12.50 Otto Reichel, Berlin 43, SO, Eisenbahnstr. 4.

Lumpen Papier Metalle Eisen kauft ständig zu höchst. Tagespreis H. Samuelsohn Naunynstr. 38 Moritzpl. 4560.

Kapitalanlage **Gothaer Lebensversicherungsbank** auf Gegenseitigkeit. Begründet 1827. Bisher abgeschlossene Versicherungen: 2 Milliarden 600 Millionen Mark. Alle Überschüsse gehören den Versicherten. Auskünfte erteilen kostenlos: **Karl Straube,** Bevollmächtigter für Preußen, Berlin SW., Zimmerstrasse 87. Fernruf: Zentrum 2661 und 2662. **A. Jatzko,** Berlin N., Schönhauser Allee 140. Fernruf: Norden 3370. **Hermann Nachrodt,** Berlin SW., Johannisterstr. 5. Fernruf: Moritzplatz 4828. **B. Gebhardt,** Berlin SW., Schützenstrasse 6. Fernruf: Zentrum 1882. **Dr. Wurlschmidt,** Berlin-Friedenau, Stubenrauchstr. 49. Fernruf: Pfalzb. 3065. **Joh. Wilh. Schulz,** Potsdam, Breite Str. 12. **B. Jenner,** Berlin-Britz, Hannemannstr. 31. Witwenrente — Altersversorgung — Invaliditätsversicherung

Platin-, Gold-, Silberbruch Quecksilber. Zahngebisse bis 3500 M. Stiftzähne 12 bis 75 M., Brennstifte bis 300 M. — Wir zahlen den höchsten Tagespreis. — **Schubert,** Bärwaldstr. 53, nahe Bücherstr., und **John,** Chausseestr. 110, vorn I, Portal I.

Dr. med. Hollaender, Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Blasenleiden Behandlung ohne Quecksilber, ohne Berufsstörung, Blutuntersuchung. Aufkl. Broschüre Nr. 10, diskret verschlossen Mk. 2.50. Berlin W 8, Leipziger Straße 108 II. Täglich 11—1, 5—7, Sonntags 11—1. 187/4*

Detektei „Der Sieger" Berlin SW. 48, Dr. Sieg. Bessel-straße 14. Tel.: Moritzplatz Nr. 5435. Ermittelungen, Beobachtungen, Auskünfte allerorts.

Keine Frau sollte verabsäumen, ausführlichen Prospekt über hygienische Artikel kostenl. einzufordern. Auf Wunsch sachgem. Beratung. Frau B. Koopmann, Berlin 220, Potsdamer Str. 104.

Kriegsanleihe wird zu 84 % in Zahlung genommen.

Große Modell-Woche!!

Herrliche Ulster in glatt, Karos, entzückende Glocken- u. Blusenform 925, 750, 525, 375, 250

Herbst-Kostüme Kammgarn, Sammet, Tuch, Foulé Original-Modelle 1500, 1210, 950, 750, 432

Echte Pelzmäntel, Prachtstücke, beste Felle 3975 M.

Wundervolle Plüschmäntel 1400, 1050, 875

Ein großer Posten: Sportjacken aus Stoff u. Trikot jetzt 250—45

Impr. Seidenmäntel jetzt 325, 250, Sportröcke jetzt 42

Covertcoatmäntel 225, Gummimäntel für Damen 420

Gummimäntel für Herren 825, 750, 425

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a — 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Gänse Oderbr., Mecklenb., im ganzen und ausgeschlachtet, Hühner, Enten, täglich frisch **Max Schönwald,** Luckauer Str. 1. Flensburger Str. 10.

Zahngebisse auch zerbr., zahle bis zum 11. Stiftzahn 11.50—250 M., Knopfzahn 6.50, Brennstifte, Kontakte kauft von 1—7 Uhr. Urban, Belzer Str. 20 (Kottbuser Tor).

Verband d. Maler, Lackierer, Anstreicher u. Filiale Berlin. Freitag, den 10. September, abends 6½ Uhr, in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31: **Mitglieder-Versammlung.** 1. Vortrag: Politik und Gewerkschaften. 2. Diskussion. 3. Stichwahl über die ausgeschriebene Sekretärstelle. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. 187/7 Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse für die Gewerbe d. Tischler und Pianofortearbeiter zu Berlin. Am Donnerstag, den 16. September, abends 6 Uhr, findet im „Reichenberger Hof" bei Herrn Fahrow, Reichenberger Straße 147, eine **außerordentliche Ausschußsitzung** statt, zu welcher die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten hierdurch eingeladen sind. 148/12

Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über den zwischen dem Verband der Krankenkassen im Bezirk des Oberversicherungsamtes Groß-Berlin und dem Zentralverband der Angestellten im Bezirk Groß-Berlin abgeschlossenen Tarifvertrag.
2. Änderung der Dienstordnung.
3. Die Verwaltung der Mitglieder jetzt und in den nächsten Jahren.

Der Vorstand: Emil Boeske, Vorsitzender. Fritz Zinke, Schriftführer.

Ia Brennforf (größte Heizkraft) äußerst preisw. fr. Keller L. Friedländer, Kohleh.-Ges. Invalidenstr. 50 51. Moab. 7258

Erfinder bedienen sich zur Anmeldung und Verkauf ihrer Erfindungen. Ihrem eines Patentfachmannes. Rat und Auskunft kostenlos! Erfolg: u. a. Verkauf eines Patentes durch unseren Mitarbeiter für **850 000 M.** F. Erdmann & Co., Berlin, Königgrätzer Str. 71.

Waffen aller Art kaufen und verkauf. Frank & Co. W 8, Markgrafenst. 50

Altmetalle Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Platin, Gold- u. Silberbruch kauft höchstzahlend Metall-Einkauf-Zentrale, Kottbuser Damm 66 (Hermannplatz). Mpl. 13580

Metallbetten Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten. Polster an jedermann. Katalog fr. Eisenmöbelfabrik, Suhl in Thür. 83/15

Am 6. d. M. entschlief plötzlich mein lieber Mann, unser lieber Onkel, Schwager und Bruder, der Gastwirt **Karl Fahrow** nach vollendetem 51. Lebensjahre. Helene Fahrow, gb. Giesel, nebst Verwandt. Reichenberger Str. 147. Die Einäscherung findet am Freitag, 10. September, vorm. 10 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Dr. med. Grütering Haut-, Harn-, Unterleibsleid. d. Männ. u. Frauen, Blutuntersuch. Invalidenstraße 55, Eck Chausseestr., Stett. Bhf. Spre Wochentäglich 11-1, ½5-½7.

Spez.-Beh. nur für **Ischias** in Hüften, Gesäß und Beinen. Da schwere Fälle in 15 Tag. beseitigt werden, hierüber unanfechtbare Heilerfolge bestehen und Referenzen. Invalidenstr. 106 von 9—4. **Jacoby**

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß Friedrichstr. 125 Oranienbg. Tor. 11-1, 6-8 Sonnt. 11—1. Syphilis, Harn-, Frauenleiden. Blutuntersuch. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilg. ohne Berufsstörung. Zeitgemäß.

Reste! Grau Croise, 17/17 cm größeren Posten, haben billigst abzugeben 18/15 M. Hammer & Co., Berlin SW 19, Jerusalem. str. 13

Zinn bis 38,— M. Weißmetall, Kupfer, Messing und andere Metalle kauft **Eichler,** Malmöer Straße 26

Parzellen 828D* in guter Kultur und bequem erreichbar verkaufe sehr billig an der Schloß-Allee in Niederschönhausen nahe Schloßpark. Ausk. a. Sonntags, Niederschönh., Schloß-All. 40, S. Joseph. Amt Moabit 8675.

Stellengesuche

Reinemachefrauen Waschfrauen, Aufwärterinnen mit guten Empfehlungen. Zu erfragen im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Eichhornstraße 1, Lützow 8753. Belle-Alliance-Platz 5, Moritzpl. 1469, Friedrichstr. 110—112, Norden 2186, Rüdersdr. 9, Norden 8795, Kopenstr. 1, Alexander 2290, Paulstr. 1, Moabit 6434, Jägerstraße 11, Zentrum 6906 114/7

Stellenangebote

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen **Geschäftsführer,** der mit allen Bureau- und Kassenarbeiten bestens vertraut und insbesondere befähigt und erfahren ist, den Schriftwechsel in Prozeßsachen selbständig zu führen. Gehalt und Bedingungen nach dem Angestelltentarif. Bewerbungsschreiben mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Referenzen sind bis zum 10. September mit der äußeren Bezeichnung „Bewerbung" zu richten an die 180/14 Ortsgruppe Neukölln-Britz des Mieterverbandes Groß-Berlin in Neukölln, Ossastr. 43

Samthüte
Zylinderhüte
Tüllhüte
Haarfilzhüte
Wollfilzhüte
Lederhüte
Flauschhüte
Tuchhüte
Bortenhüte

Trauerhüte

Modellhaus
Auguste Minzer
Markgrafen Str. 28
2tes Haus vor der Leipzigerstr.

MODEHUT-AUSSTELLUNG

Schleier
mit
Wollstickerei
Seidenstickerei
Gold / Silber

Schals
in
Wolle u. Kunstseide

Strickjacken
nur reine Wolle

Sportwesten
nur reine Wolle

Linon- und Gaze-Formen

Perlen Juwelen
Sehr grosses Silberlager
Margraf & Co.
Kanonierstrasse 9
Tauentzienstrasse 18 a.

Platin-Linke kauft wieder
Gebisse, Platin, Gold, Silberbruch
zu bekannt höchsten Preisen
Blücherstr. 40, Port. 2, II.

Möbel-Fabrik
Henry Schmidt
Moderne Wohnräume
Grosses Lager
fertiger Einrichtungen
Kottbuser Damm 77
Eigene Werkstätten

Geschäftszeit von 8½ bis 7 Uhr

Peek & Cloppenburg
BERLIN C, Gertraudtenstr. 25-26-27

Fertig am Lager: **Blaue** und **marengo**

Einsegnungs-Anzüge

preiswert durch eigene Herstellung

Verkauf nur gegen bar | Kein Rabatt | Gleiche Preise für jeden Käufer

---

Schönes und reines Gesicht
erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode. Sommersprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen, Gesichts- und Nasenröte, lästige Haare, schlechter Teint usw. verschwindet bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung.
C. Weissert, Invalidenstr. 147 I, Ecke Bergstraße.
Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig gewesen. Sprechstunden: 10-12 u. 4-8, Sonntags 10-1. Auskunft kostenlos

---

Nutzeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen, Gas-Siede-Rohre, T-Trägern, U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse
sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Moritzplatz 12072. Ecke Voltairestraße. Moritzplatz 12073.

Das Christusproblem gelöst! Soeb. erschien: Vor 1900 Jahr.! Wer war Jesus Christus? In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefund. worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Essäerbundes, einer Art Freimaurervereinigung. Es ist der Bericht des Aeltesten dieses Bundes in Jerusalem an den Aeltesten in Alexandrien. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten auf einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser Bericht ist von Ferd. Schmidt ins Deutsche übersetzt. Kein Denkender wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen.
Preis Mk. 6,50 und Mk. 1,10 fr. Nachnahme.
Gr. Bücherkatalog gratis. Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 42

Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln

Bergstraße 29 — Geöffnet 8–6 Uhr

Infolge des starken Zuspruchs, den unsere **billige Woche** gefunden hat, waren wir gezwungen, mehrmals am Tage wegen Ueberfüllung zu schließen. Um dem Teil unserer geschätzten Kundschaft, der nicht abgefertigt werden konnte, gerecht zu werden, haben wir uns entschlossen, die

enorm billigen Preise

noch eine Woche bestehen zu lassen und zwar endgültig bis Sonnabend, den 11. September.

Verkauf an jedermann. **Verkauf an jedermann.**

Das Publikum wird ersucht, zum Einkauf möglichst den Vormittag zu benutzen.

Späte Erkenntnis.

Wie wir hören, hat im Anschluß an die Reichskonferenz der Unabhängigen noch eine Redakteurkonferenz stattgefunden. Dort wurde mit der Spaltung der Partei schon so sicher gerechnet, daß als notwendig erkannte organisatorische Verbesserungen von einigen Teilnehmern abgelehnt wurden, weil sie bei der zu erwartenden Spaltung nicht mehr nötig seien.

Der Wurm sitzt im Gebälk und es hat keinen Zweck, ihn durch überlautes Reden verscheuchen zu wollen.

Wenn die Sozialdemokratie warnend auf die Folgen hingewiesen hat, die aus der Spaltung der Arbeiterbewegung zum Schaden des Proletariats zum Nutzen der Bourgeoisie erwachsen, dann wurde von den Unabhängigen darauf nur mit Hohn und Spott geantwortet. Jetzt lesen wir in einem Blatte folgendes:

Je ungestümer das Proletariat sich gegenseitig die Köpfe einschlägt, desto günstiger werden die Aussichten der Bourgeoisie, die Arbeiterschaft wieder völlig unter das alte Joch zu bringen. Nicht umsonst hat Karl Marx das kommunistische Manifest mit den Worten geschlossen: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" An dieses Wort sich zu erinnern, ist jetzt mehr denn je die Pflicht jeden Arbeiters. Wer in dieser Stunde das Proletariat aufs neue spaltet, der besorgt die Geschäfte des Bürgertums!

Welches ist die Zeitung, die diese sehr beherzigenswerten Worte schreibt? Es ist die — „Freiheit", der die Schadenfreude der reaktionären Presse über die Spaltung der Unabhängigen Partei an die Nieren zu gehen beginnt. Jetzt, wo das Gespenst der Spaltung im eigenen Hause umgeht, besinnt die „Freiheit" sich endlich wieder auf die Wahrheiten, die sie verlacht hat, solange die Unabhängigen selber in der Rolle der Parteispalter waren. „Wer in dieser Stunde das Proletariat aufs neue spaltet, der besorgt die Geschäfte des Bürgertums!" — Und wessen Geschäfte haben die besorgt, verehrte „Freiheit", die das Proletariat vordem gespalten haben?!

Regierungskrise in Braunschweig.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Die erst kürzlich nach langen Geburtswehen endlich zustandegekommene sozialistische Regierung ist noch nicht recht ihres Lebens froh geworden. Nur zwei Abgeordnete fehlen den bürgerlichen Parteien an der Hälfte. Mit einer so bedeutenden Anzahl von Abgeordneten ist auch die Minderheit in der Lage, den regierenden Parteien Schwierigkeiten zu bereiten. Zudem hat die Bildung der reinen sozialistischen Regierung die durch die Wahl stark geschwächte Demokraten an die Seite der reaktionären Parteien gedrängt. Schärfer als in größeren Staaten machen sich außerdem in dem kleinen zersetzten Ländchen persönliche Gekränktheiten ehemaliger Minister geltend. So türmen sich für das bisher in verhältnismäßiger Einmütigkeit arbeitende sozialistische Kabinett natürliche und künstliche Schwierigkeiten in großer Zahl auf. Der Welfenhäuptling Hampe sagte es bei der Obstruktion gegen die Regierungsbildung: „Wir werden dieser Regierung Schwierigkeiten bereiten, wo wir können." Freilich, die offene Obstruktion ist den bürgerlichen Parteien verleidet worden. Sie wurde gar zu blamabel. Um so grimmiger setzte der mehr unterirdisch geführte Kleinkrieg ein.

Mit fanatischer Wut geht der persönliche Kampf gegen den Leiter des ministeriellen Presseamts Dr. v. Frankenberg, der tat- und opferbereites Mitglied unserer Partei ist und den die Gegner als Angehörigen ihrer Gesellschaftsklasse um so grimmiger hassen. In derselben Weise geht der Kampf gegen den neuernannten Referenten für Schulangelegenheiten, dem sie bisher nur den einen Fehler mit Erfolg nachweisen konnten, daß er Sozialdemokrat ist. Nachdem sich aber noch in dem neuen Polizeipräsidenten von Braunschweig ein Mann gefunden hat, gegen dessen bewährte fachmännische Begabung sich kaum etwas einwenden lassen dürfte, trotzdem auch er Sozialdemokrat sein soll, ist das Maß des Schlimmen voll.

Nicht offene Obstruktion soll die verhaßte Regierung zu Fall bringen, über ihre eigenen Füße soll sie stürzen. Bei der Etatsberatung im Finanzausschuß vor einigen Wochen ging allerdings die gelegte Mine nicht vorschriftsmäßig los. Gern hätte man auch die Beamtenbesoldungsvorlage benutzt, aber es wagte niemand, das im Hinblick auf die nächsten Wahlen glühende Eisen anzufassen. Die Beamten verstanden in dieser Angelegenheit keinen Spaß.

Da kam die Entwaffnung der Einwohnerwehr. Es galt ein Gebot der Entente zu erfüllen. Der von einer bürgerlichen Regierung in Spa unterschriebene Vertrag verlangte es. Trotzdem kündigten die zum Landeswahlverband zusammengeschlossenen Rechtsparteien den schärfsten Widerstand an. Zwar wissen sie, daß es lächerlich ist, gegen die vom Reich eingegangene Verpflichtung anzukämpfen, aber das ist auch wohl kaum der Zweck der Uebung. Viel wichtiger war es, der Landesregierung neue Schwierigkeiten zu bereiten. Wie andere Staaten, so hatte sich auch Braunschweig im August 1919 eine Landeseinwohnerwehr durch Gesetz geschaffen. Am allerwenigsten konnte es einer sozialistischen Regierung einfallen, die Arbeiterschaft zur Ablieferung der Waffen aufzufordern und die Einwohnerwehren unbehelligt zu lassen. Es war daher eine reine Formsache, wenn die Regierung an den Hauptausschuß das Ersuchen richtete, das Gesetz vom August 1919 über die Einwohnerwehren aufzuheben.

Doch nach dem bewährten Rezept: nur keinen Streit vermeiden! beantragte der Landeswahlverband: „Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Regierungsvorlage — die sofortige Einberufung der Landesversammlung mit der für den Hauptausschuß vorgesehenen Tagesordnung —." Mit 5 (darunter einem Vertreter unserer Partei) gegen 4 Stimmen wurde der Antrag angenommen. Nun können die Agitationsreden aus dem Fenster bei den Rechtsparteien beginnen. Und bei der Disziplinlosigkeit im Landeswahlverbands-Parteigemisch kann jederzeit von irgendeinem unverantwortlichen Mitgliede die Obstruktion begonnen werden, auch wenn die offiziellen Führer den ehrlichen Willen haben sollten, es nicht dazu kommen zu lassen.

Vielleicht wäre die ganze Sache weniger konfliktsschwanger, wenn nicht der Parteitag der Unabhängigen vor der Tür stände. Man weiß, welches ungeheure Aufsehen die Beteiligung ausgerechnet der braunschweigischen Unabhängigen an der Regierung in dieser Partei hervorrief, wie sie sich in ihrer Haltung nicht nur in Gegensatz zu ihrer eigenen früheren Tätigkeit, sondern vor allem in Gegensatz zu ihren Genossen fast im ganzen Reiche stellten. Ihre Stellung auf dem Parteitag würde ihnen wesentlich erleichtert, wenn sie durch eine tölpelhafte Obstruktion Gelegenheit bekämen, sich mit einigem Glanz aus der Regierung zu ziehen. Und dankbar würden sie derer gedenken, die sich so gern als die erbittertsten Feinde der Unabhängigen gerieren.

Die nächste Sitzung der preußischen Landesversammlung ist vom Präsidenten Leinert für Mittwoch, 15. d. M., nachmittags 3 Uhr, anberaumt worden. Auf der Tagesordnung stehen die ersten Lesungen von 10 kleinen Gesetzen und die Schlußlesungen der Umlegungsordnung und des Kirchenaustrittsgesetzes, ferner 68 Berichte über Eingaben.

10 Millionen für Oberschlesien.

Reichskanzler Fehrenbach spricht in einem Schreiben an den Vertreter der Reichsregierung in Oppeln, Fürst Hatzfeldt, das tiefe Mitgefühl mit den Opfern der oberschlesischen Gewaltakte aus und teilt mit, daß Deutschland und Preußen, um der äußeren Bedrängnis zu wehren, die durch den Tod ihrer Ernährer und durch zahllose Gewaltaten über unschuldige Familien hereingebrochen ist, zunächst 10 Millionen Mark zur Verfügung stellen.

Die Untersuchung der Breslauer Vorgänge nimmt ihren Fortgang. Es ist gelungen, von den bei dem Sturm auf die beiden Konsulate beteiligten Personen 35 zu verhaften. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hierzu erfährt, bestätigt sich der Verdacht immer mehr, daß provokatorische Elemente bei den Unruhen ihre Hand im Spiele hatten.

Die so bestimmt verbreitete und in der ganzen deutschen Presse veröffentlichte Nachricht von dem protestierenden Rücktrittsgesuch dreier englischer Kreiskontrolleure in Oberschlesien wird von dem einen unter ihnen, dem Major Ottley, nun als unrichtig bezeichnet. Er betrachtet die letzten Schandtaten als Banditenstreiche, die also mit Politik nichts gemein haben. Der Meinung sind wir allerdings auch.

In Lipine sollen die Polen von der einrückenden Abstimmungspolizei verlangt haben, daß sie als Bekenntnis ihrer Gesinnung polnische Lieder singe. Die Polizisten kamen dieser Aufforderung prompt nach und wurden darauf unter dem Jubel der Polen mit Musik zu ihrem Quartier geleitet. Diese Beamten hätten am folgenden Tage Versammlungen einberufen, in denen sie selbst als Agitatoren für einen Anschluß Oberschlesiens an Polen auftraten. Von einer anderen Hunderschaft wird gemeldet, daß 26 polnische Beamte, die nach ihrer Einkleidung einen Heimaturlaub zur Regelung ihrer persönlichen Angelegenheiten erhalten hatten, nicht wieder zur Truppe zurückkehrten.

In Kattowitz wurde am Montagabend vorübergehend wieder der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Da durch eine kurze Arbeitsniederlegung in der oberschlesischen Elektrizitätszentrale Chorzow das Industrierevier einige Stunden lang ohne Licht war, glaubten die Franzosen, daß dies ein Vorwand sei, um von deutscher Seite eine Wiederholung der Augustvorgänge veranstalten zu können. Starke Patrouillen durchzogen von 8 Uhr abends an die Stadt und erzwangen die sofortige Schließung der Gastwirtschaften. Der Bahnhof, auf dem starker Verkehr herrschte, wurde von einer französischen Abteilung geräumt! Als dann nach 9 Uhr die Beleuchtung wieder einsetzte, legte sich auch die Nervosität der Franzosen wieder.

Die „Oberschl. Morgenzeitung", die „Kattowitzer Zeitung" und das „Königshütter Tageblatt" sind auf unbestimmte Zeit verboten worden.

„Hoch Ehrhardt!"

Sedanfeier im Munsterlager.

Wie wir bereits mitteilten, besteht im Munsterlager eine Ortsgruppe des „Verbandes nationalgesinnter Soldaten E. V.", die sich aus Mannschaften der ehemaligen 2. Marinebrigade, jetzt Schiffsstamm-Detachement der Nordsee, zusammensetzt, und die sich Ortsgruppe Ehrhardt nennt. Von dem Geist, der in dieser Ortsgruppe gepflegt wird, haben wir schon einige Proben gegeben. Wir wollen sie ergänzen durch ein paar Mitteilungen von der Sedanfeier, die diese Ortsgruppe — natürlich — auch veranstalten mußte.

Obgleich es sich um die Feier einer privaten Vereinigung handelte nahm das Ganze einen durchaus offiziellen Verlauf. So rückten die Kompagnien geschlossen in militärischer Ordnung in den Festsaal ein. Der Verband war nur vorgeschoben, um die Sedanfeier nach außen hin nicht als offizielle Feier des Truppenteiles erscheinen zu lassen.

In dem Augenblick, als der Kommandeur mit den Gästen erschien, fiel ein Vorhang und enthüllte folgendes Bild: **auf hohem Sockel die Büste Wilhelms, zu seinen Füßen die alte Kriegsflagge des kaiserlichen Deutschlands.** Dieser monarchistischen Demonstration folgte eine Ansprache des Kommandeurs des Schiffsstamm-Detachements der Nordsee, Korvettenkapitän Werber. Er betonte, daß der Ehrhardtgeist nicht untergehen dürfe und in die Marine hineingetragen werden müsse. Daraufhin wurden Begrüßungstelegramme abgeschickt und zwar: an den ehemaligen Kaiser, an Hindenburg und Ludendorff und an — den flüchtigen Meuterer, Korvettenkapitän Ehrhardt, dessen Aufenthalt man im Munsterlager danach genau kennt.

Damit nicht genug, wurde zur Huldigung für Ehrhardt noch ein extra für diesen Zweck angefertigtes „Ehrhardt-Lied" gesungen, das mit den Worten schließt:

Ehrhardts Geist im Herzen,
kann nicht untergehen,
die Brigade Ehrhardt
wird einst auferstehen.

Dann folgte eine ganz alldeutsche Festrede, die Absingung verschiedener Lieder und schließlich wurde **ein offizielles Hurra auf den Kapitän Ehrhardt** ausgebracht, in das alle Anwesenden stürmisch einstimmten.

Ein rührend-schönes Bild: unter Führung des Kommandeurs Enthüllung einer Kaiserbüste und Hurra auf einen steckbrieflich verfolgten Hochverräter und Meuterer. Herrn Geßlers Reichswehr!

Wir bemerken schließlich noch, daß unsere Darstellung sich auf den Bericht eines deutschnationalen Augen- und Ohrenzeugen der Feier stützt, der von diesem Treiben ganz begeistert war, also keinesfalls aus Gehässigkeit die einzelnen Details erfunden hat.

Aus den Ausschüssen.

Zum Thema Klassenjustiz.

Der Hauptausschuß der Preußischen Landesversammlung setzte die Aussprache über den Justizetat fort. Dabei trug der Abg. Heilmann (Soz.) eine Reihe von Fällen vor, die er als Beitrag zur Klassenjustiz bezeichnete. Einzelne Fälle, wie die unglaubliche Verfolgung der Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells in Sensburg, versprach der Minister sofort untersuchen zu lassen. Ueber die Notwendigkeit, den gesunkenen Geldwert bei den Geldstrafen, aber auch die Wirkung der Gefängnisstrafen auf unterernährte Menschen zu berücksichtigen, war man sich ziemlich einig, ebenso in der Notwendigkeit, die produktive Arbeit der Gefangenen zu fördern, für ihr Fortkommen nach der Entlassung zu sorgen, die Gefängnisbibliotheken zu verbessern usw.

Die Ueberschüsse der Kriegsorganisationen.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beriet einen vom Abg. Simon (U. Soz.) vorgelegten Gesetzentwurf über die Einziehung von Geldbeträgen bei Kriegsorganisationen der Leder- und Schuhindustrie. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, sofort Maßnahmen zu treffen, um die bei den Kriegsorganisationen entstandenen Ueberschüsse sämtlich für die Allgemeinheit sicherzustellen, soweit die bestehenden Verordnungen nicht andere Rechtsansprüche geschaffen haben.

Der Ausschuß beschäftigte sich sodann mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Industrie und dem Antrag der Deutschnationalen auf Aufhebung sämtlicher Kriegsgesellschaften und aller Ausfuhrabgaben. Der Reichswirtschaftsminister gab zunächst eine Uebersicht über die Kriegsgesellschaften, die vorläufig noch bestehen bleiben sollen, und diejenigen, die sich in Auflösung und Liquidation befinden. Wenn auch schon ein Teil der Angestellten entlassen und einem anderen Teil gekündigt worden sei, so seien doch in verschiedenen Kriegsgesellschaften noch sehr hohe Angestelltenziffern vorhandern. Er beabsichtige, unter Vermeidung von Härten gegenüber den Angestellten, die Auflösung der Kriegsgesellschaften nachdrücklich weiterzubetreiben. Von rechtsstehender Seite wurde gewünscht, hier energischer vorzugehen und den zu Kündigenden lieber ein Dreimonatsgehalt bei der Entlassung zu bewilligen, als sie ohne Bedarf weiter zu beschäftigen. Der Erklärung des Reichswirtschaftsministers über die Kriegsgesellschaften stimmte der Ausschuß zu.

Die geraubte Grenzbahn.

Aachen, 6. September. (WTB.) **Zur Frage der Bahn von Montzoie (Monschau) hatte sich die deutsche Regierung auf den Standpunkt gestellt, größere Grenzkorrekturen zu fordern, u. a. die Rückgabe der Bahn Aachen—Herbesthal, das dazwischen liegende Gebiet, sowie das Niederschlagsgebiet zur Aachener Wasserversorgung. Demgegenüber hat laut „Echo der Gegenwart" die belgische Regierung einen ablehnenden Standpunkt eingenommen und dies in einer Note zum Ausdruck gebracht. Vom 14. bis 16. September wird in einer in Aachen stattfindenden Sitzung der deutsch-belgischen Grenzkommission über die deutschen Forderungen weiter verhandelt werden.**

Neue Enttäuschung für Kriegsgefangene.

Einen bitteren Tropfen gießt folgende Meldung in die Hoffnungen, die Frithjof Nansen letzthin wiedererweckt hatte:

Die sibirische Regierung in Werchne-Udinsk hat die Regierung in Tokio ersucht, die Heimschaffung von 30 000 österreichischen und deutschen Gefangenen zu übernehmen, die sich noch im westlichen Sibirien befinden. Der japanische Kommandant hat nun geantwortet, daß eine solche Operation gegenwärtig wegen Kohlenmangels sehr schwierig sei, außerdem fehle es an rollendem Material, desgleichen sei die sibirische Bahn mit heimreisenden Japanern überfüllt.

Deutschland — die Barbarei?

Metz, 7. September. (Havas.) Ministerpräsident Millerand sagte in einer Rede, bei seiner Reise durch die verwüsteten Gebiete habe er festgestellt, daß es dort weder Haß noch Rachegefühle gebe, sondern nur klare Einsicht in die Verhältnisse der Wirklichkeit und in die Sicherheiten, die man haben müsse. In einem Jahrhundert habe Frankreich drei Invasionen erlebt, es habe nicht das Recht, sich einer vierten auszusetzen. Frankreich arbeite nicht für sich allein; nicht für Frankreich allein halten Elsaß und Lothringen Wacht an der Grenze, sie **verteidigen die ganze Zivilisation.**

Lloyd George verlangt Garantien.

London, 7. September. (WTB.) Nach einer Meldung des Schweizer Korrespondenten der „Daily News" erklärte Lloyd George, in den ihm telegraphisch übermittelten Gesuchen um Freilassung des Bürgermeisters von Cork habe er nicht eine einzige Andeutung des Versprechens gefunden, daß die Mordanfälle auf Polizisten eingestellt werden würden. Sollte eine solche Sicherheit geboten werden, so würde er bereit sein, nicht nur den Bürgermeister, sondern auch die elf anderen Hungerstreiker freizulassen. Telegramme irischer Regierungsstellen hätten ihn davon überzeugt, daß eine Freilassung ohne diese Garantie die Regierung in Irland unmöglich machen würde.

Der Hungertod der Märtyrer wird ein schlechtes Beruhigungsmittel sein.

Keine Arbeitsdienstpflicht. Ein Berliner Blatt hat die Nachricht gebracht, daß das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf zur Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht im Deutschen Reich vorbereite. Diese Nachricht ist, wie uns vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, nicht zutreffend. Im Reichsarbeitsministerium gehen seit langer Zeit immer wieder Anträge und Vorschläge zur Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht ein und werden auf ihre Bedeutung und praktische Durchführbarkeit geprüft. Diese Prüfung hat aber bisher weder zu bestimmten Entschließungen der Reichsregierung, noch zur Aufstellung eines Gesetzentwurfes geführt.

Eine überflüssige Interpellation. Die Deutschnationalen haben in der preußischen Landesversammlung eine Interpellation eingebracht, in der sie ihren bitteren Schmerz über die vom Kultusminister Genossen Haenisch verbotenen Sedanfeiern in der Schule zum Ausdruck bringen. Sie fühlen sich, wie es in der Interpellation heißt, in ihrem „nationalen Empfinden" schwer verletzt. Merkwürdig, daß das Empfinden der Leute am feinsten ausgeprägt ist, die sich niemals die Mühe gaben, auch nur das mindeste Verständnis für Andersdenkende, z. B. für sozialdemokratische Arbeiter, aufzubringen. Hoffentlich erteilt die Staatsregierung den Anfragern die richtige Antwort.

Treuprämien für Reichswehrangehörige. Die in verschiedenen Zeitungen verbreitete Nachricht, daß den jetzt zur Entlassung kommenden Reichswehrangehörigen neben den Fürsorgegebührnissen noch eine Ueberpfangsentschädigung gezahlt würde, ist unzutreffend. Das Kabinett hat aber beschlossen, daß die Bedingungen für die zu zahlende Treuprämie bis 31. Dezember 1920 verlängert werden. Die monatliche Steigerung der Treuprämie wird also nicht — wie bisher vorgesehen — am 10. Juli ihr Ende finden, sondern bis Ende des Jahres fortgesetzt werden.

Schützt die Grenzaufseher! Wie uns mitgeteilt wird, müssen die Zoll- und Grenzaufseher an der polnischen Grenze bei Sturm und Regen auf freier Chaussee ohne jeglichen Schutz ihren Dienst versehen. Wenn die ausrangierten Schilderhäuser, zu zweien vereinigt, an den betreffenden Stellen Aufstellung finden würden, so wäre den Männern damit schon sehr geholfen. Die zuständige Stelle sollte sich baldigst der Sache annehmen!

Munitionsexplosion bei Magdeburg. Im Munitionsdepot Gerwisch ereignete sich eine Munitionsexplosion, durch die 3 Arbeiter getötet wurden. Die Ursache der Explosion steht noch nicht fest.

Kommunistenprozeß. Wegen Auftretens der Mannheimer Kommunistin Frau Dr. Stern in einer Ludwigshafener Versammlung, wobei sie beleidigende Aeußerungen über die Entente ausgesprochen haben soll, wurde der Versammlungsleiter Wilhelmy und der Wahlvereinsvorsitzende Sommer (U. S. P.) vor das französische Polizeigericht geladen. Obwohl Wilhelmy der Rednerin sofort ins Wort gefallen war, verurteilte das französische Polizeigericht Wilhelmy und Sommer zu je 2000 M. Geldstrafe. Das Gericht vertrat die Auffassung, daß der Rednerin nicht das Wort hätte erteilt werden dürfen. — Vor dem gleichen Polizeigericht wurde der Kommunist Gascho, der nach der Versammlung die Verhaftung der Frau Dr. Stern verhindert haben soll, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Frau Dr. Stern wurde in Abwesenheit zu der gleichen Strafe verurteilt. — Diese Versammlung hat zu schweren Einschränkungen des Versammlungsrechts Anlaß gegeben.

Gewerkschaftsbewegung

Siegles Absägung.

In der Nummer 870 der „Freiheit" wendet sich der in der letzten Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter abgesägte frühere 1. Bevollmächtigte Siegle in einer längeren Zuschrift gegen die von der „Freiheit" beliebte Berichterstattung über diese Angelegenheit. Nach Siegles Meinung enthält der Bericht „eine Reihe von Unwahrheiten, Entstellungen und Verdrehungen, die nicht unwidersprochen bleiben können".

Interessant für die Oeffentlichkeit zur Beurteilung des sonst so gepriesenen solidarischen Bewußtseins der radikalen Sozialisten ist folgende Stelle aus Siegles Darstellung:

Diejenigen Verwaltungsmitglieder, die „bleiben durften", sowie die überaroße Mehrheit der erweiterten Verwaltung haben bis zum 30. Juli (Abschluß der Aussprache in der Ortsverwaltung über die Betriebsrätefrage) unsere Haltung in der Betriebsrätefrage gebilligt. Von da an begann der Umfall. Bei meinem beabsichtigten Rücktritt Anfang Juli erklärten die jetzt mich verurteilenden Mitglieder der engeren Verwaltung einmütig, daß keine Veranlassung vorliege, wegen meiner Haltung in der Betriebsrätefrage mir das Vertrauen zu entziehen, daß ich auf dem Posten zu bleiben habe, weil ich in der jetzigen schwierigen Situation, in der sich die Organisation befinde, nicht zu entbehren sei.

Der um einige trübe Erfahrungen reichere Siegle mag sich über die hintenherum besorgte Absägung mit den Worten der „Freiheit"-Redaktion trösten, die sie ihrem damaligen Bericht über die Versammlung anfügte: „Die Rücksichtnahme auf treu geleistete Dienste, die man früher stets verlangte, kann im Interesse eines revolutionären Vorwärtsschreitens nicht mehr gewährt werden."

Einigung im Hamburger Fischereistreik.

Der Streik im Hamburger Fischereigewerbe ist durch einen Schiedsspruch des Demobilmachungskommissars, dem beide Parteien zustimmten, gestern beendet worden. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen.

Die Internationale der Lebensmittelindustrie.

Vom 55. bis 27. August tagte in Zürich der erste internationale Kongreß der Landesverbände in der Lebens- und Genußmittelindustrie. Die Einberufung des Kongresses ging, gemäß einem Beschlusse auf dem im Vorjahre in Amsterdam abgehaltenen Kongreß der Bäcker und Konditoren, von diesem internationalen Berufssekretariat aus. Die starke Beteiligung zeigte, welch große Wichtigkeit die Landesorganisationen dieser Tagung beilegten. 84 Delegierte vertraten 19 Landesverbände mit 328 250 Mitgliedern. Es waren anwesend aus Schweden 1, Norwegen 1, Dänemark 3, Holland 2, Belgien 2, Frankreich 2, Schweiz 4, Italien 1, Ungarn 2, Deutschösterreich 3, Tschecho-Slowakei 4, Deutschland 8 und Amerika 1 Vertreter.

Dem allgemeinen Kongreß gingen berufliche Konferenzen voraus, in denen grundsätzlich eine Einigung erzielt wurde, die bestehenden internationalen Vereinigungen der Bäcker, Brauer und Fleischer zu einer internationalen Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Lebens- und Genußmittelindustrie zusammenzuschließen. Schwieriger gestaltete sich die Einigung über den Sitz des Sekretariats. Die Franzosen, Belgier und Holländer beantragten die Verlegung des Sekretariats nach Holland, die Skandinavier schlugen die Schweiz vor, und die Vertreter der deutschsprechenden Nationen traten für die Beibehaltung des Sekretariats in Deutschland ein. Trotzdem in namentlicher Abstimmung mit 15 gegen 10 Stimmen für Deutschland entschieden wurde, beschlossen die deutschen Vertreter in einer Sonderberatung einstimmig, von der Beibehaltung des Sitzes in Deutschland Abstand zu nehmen. Es wurde hierauf Zürich als Sitz bestimmt.

Mit der Leitung der Geschäfte ist der Unionvorstand betraut, der wiederum aus seiner Mitte die Exekutive wählt, die am Orte des Sekretariats und gemeinsam mit dem Sekretär die Geschäfte erledigten. Als Sekretär wurde Jean Schifferstein (Brauer), Vorsitzender des Schweizer Verbandes, und als Vorsitzender Max Willhelm (Bäcker), Angestellter des Schweizerverbandes, gewählt. Der Jahresbeitrag beträgt für jedes Mitglied 15 Pf., Centimes, Oere usw., je nach dem Lande, dessen Organisation es angehört. Der nächste Kongreß findet 1923 in Brüssel statt.

Außer diesen geschäftlichen Arbeiten zum Neuaufbau der Internationale beschäftigte sich der Kongreß mit der Streitfrage der Gewerkschaften in der Tschecho-Slowakei. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Die endgültige Entscheidung wurde dem nächsten internationalen Gewerkschaftskongreß überlassen.

Zum Beschluß erhoben wurden Resolutionen, in denen dem Proletariat der Welt im Kampfe um seine Befreiung die volle Sympathie und Solidarität versichert wurde. Ganz besonders sprach der Kongreß dem ungarischen Proletariat in seinem heroischen Kampfe gegen seine Unterdrücker und Vergewaltiger die wärmste Sympathie aus und wünscht den ungarischen Klassengenossen einen vollen Sieg. In einer weiteren Resolution verpflichten sich die Vertreter, alle Aktionen, die in ihren Ländern gegen Sowjetrußland unternommen werden, mit allen Mitteln zu verhindern. Der Kongreß sprach sich einstimmig für die Sozialisierung aus und fordert die Organisationen auf, alle Mittel anzuwenden, um eine möglichst baldige Durchführung der Sozialisierung der Lebens- und Genußmittelindustrie zu erreichen.

Betriebsräte bei den staatlichen Verwaltungen.

Aus beteiligten Kreisen wird uns geschrieben: Durch Verordnungen der preußischen Regierung zu § 61 BRG. sind für die Bahn- und die Wasserbauverwaltung Betriebsrätesysteme in dreifachem Aufbau (Betriebsrat, Bezirksbetriebsrat, Hauptbetriebsrat) geschaffen worden. Prüft man den Inhalt der Verordnungen genau durch, so sieht man, mit welchem Eifer die Ministerien ihre Vollmacht, die sich nach § 61 nur auf die „Bildung von Einzel- und Gesamtbetriebsräten und die Abgrenzung ihrer Befugnisse gegeneinander in Anlehnung an den Aufbau der Unternehmung oder Verwaltung" bezieht, ausgedehnt haben.

So verlangt die Verordnung über die Betriebsräte für die Wasserbauverwaltung als Voraussetzung der Wählbarkeit (die keineswegs nach § 61 abgeändert werden kann) statt der dreijährigen Berufs- oder Gewerbe- und der sechsmonatlichen Betriebs- oder Unternehmenszugehörigkeit sechsmonatliche Zugehörigkeit zur Dienststelle und dreijährigen Dienst bei der Wasserbauverwaltung.

Das Betriebsrätegesetz sagt deutlich im § 20, daß sechsmonatliche Zugehörigkeit zum Unternehmen oder Betrieb genügt. Damit sollte verhütet werden, daß Versetzungen innerhalb eines Unternehmens (von Krupp in Essen nach Magdeburg, von der Deutschen Bank in Berlin nach Hamburg) das Wahlrecht beeinträchtigen; die Verwaltung ändert kurzerhand das Gesetz, obwohl sicherlich § 61 doch nur der Eigenart der großen Verwaltungen Rechnung tragen wollte (daher die obengenannte Begrenzung der Vollmacht), das Wahlrecht aber nicht zu dieser Eigenart gehört.

Aehnlich steht es mit der dreijährigen Zugehörigkeit zur Wasserbauverwaltung, statt der gesetzlichen dreijährigen Berufs- oder Gewerbezugehörigkeit. Ein Schiffer also, der sein Leben lang seinen Beruf ausgeübt hat, aber erst kurze Zeit bei der Wasserbauverwaltung tätig ist, ist danach nicht wählbar. Bei den Eisenbahnverordnungen läßt sich ähnliches anführen.

Weit bedeutsamer als diese Punkte ist die bei der Bahn- und Wasserbauverwaltung erfolgte Scheidung von Arbeiterangelegenheiten und Verwaltungsangelegenheiten. Bei ersteren kann der Schlichtungsausschuß angerufen werden, bei letzteren entscheidet die Verwaltung endgültig. Zu diesen — dem Schlichtungsausschuß entzogenen — Angelegenheiten gehört die Aufgabe des Betriebsrats:

Das Einvernehmen zwischen der Arbeitnehmerschaft und der Verwaltung zu fördern.

Darüber zu wachen, daß die von den Beteiligten anerkannten Schiedssprüche einer Schlichtungsstelle oder einer vereinbarten Einigungs- oder Schiedsstelle durchgeführt werden.

Den Betrieb gemeinsam mit den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer vor Erschütterungen zu bewahren und insbesondere dafür einzutreten, daß die im Interesse des Betriebs gestellten Anforderungen und Weisungen der Verwaltung unbedingt beachtet werden.

Schließlich die Mitwirkung an der Verwaltung der Wohlfahrtseinrichtungen.

Damit sind, wenn diese Vorschriften in der Praxis durchgeführt werden sollen, die typischen Schlichtungssachen dem Schlichtungsausschuß entzogen, und dürfte der Betriebsrat bei Streikgefahr („vor Erschütterungen zu bewahren") den Schlichtungsausschuß nicht anrufen. Noch mancherlei Seltsamkeiten lassen sich in diesen Verordnungen aufzeigen, sie zeigen, wie bedenklich das System der schrankenlosen Vollmachterteilung an die Verwaltungen ist, wie wenig die im Gesetz vorgeschriebene Verhandlung mit den beteiligten Verbänden (vor Erlaß der Verordnung) genügt, um Schädigungen der Arbeitnehmerschaft zu verhüten.

Tarifbewegung der Bühnenarbeiter.

Am 1. September 1919 wurde zum erstenmal ein Tarifvertrag für das technische Bühnenpersonal abgeschlossen, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für alle Berliner Theater einheitlich regelt. Vertragsparteien sind auf der einen Seite der Verband der Berliner Bühnenleiter und auf der anderen Seite die Verbände der Transportarbeiter, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Zimmerer, Maler und Tapezierer.

Vertragsmäßig hatte nach Ablauf eines halben Jahres eine neue Lohnregelung einzutreten. Sie wurde durch einen Schiedsspruch so festgesetzt, daß am 1. April die Tariflöhne um 30 Proz. und am 1. Mai um weitere 20 Proz. erhöht wurden. Diese Lohnfestsetzung sollte zwar bis 1. Oktober d. J. gelten, aber die steigende Teuerung veranlaßte die Arbeiter, im Mai erneut Forderungen zu stellen. Gefordert wurde eine Teuerungszulage von 20 Proz. für qualifizierte Arbeiter, 30 Proz. für technische Arbeiter, 70 Proz. für Reinmachefrauen, und für alle Kategorien eine monatliche Kinderzulage von 50 M. — Die Arbeitgeber lehnten diese Forderungen ab. Sie wurden dann durch einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses auf 12 Proz. für qualifizierte, 18 Proz. für technische Arbeiter, 45 Proz. für Reinmachefrauen und 36 M. Kinderzulage herabgesetzt. Auch diesen Schiedsspruch lehnten die Arbeitgeber ab. Der von den Arbeitern angerufene Demobilmachungskommissar schlug einen Vergleich vor auf 10 Proz. Teuerungszulage für qualifizierte, 15 Proz. für technische Arbeiter, 40 Proz. für Reinigungsfrauen und 36 M. Kinderzulage. Wieder weigerten sich die Arbeitgeber, diesen Vergleich anzunehmen. Sie beriefen sich auf ihre Belastung durch die Vergnügungssteuer, wodurch ihnen weitere Lohnzulagen unmöglich gemacht würden und schließlich, wenn den Bühnenarbeitern Zulagen gewährt würden, auch das übrige Personal Forderungen stellen würde.

Auf energisches Drängen der Arbeiter stimmte der Verband der Bühnenleiter schließlich dem Vergleichsvorschlag des Demobilmachungskommissars zu mit der Maßgabe, daß die Lohnzulagen rückwirkend vom 1. Juli bezahlt werden. Dies Abkommen gilt nun bis zum Ablauf des bereits gekündigten Tarifs, das ist bis 1. Oktober. — Die Arbeiter sind willens, einen neuen Tarif, natürlich mit zeitgemäßen Löhnen, abzuschließen. Hoffentlich werden auch die Arbeitgeber sich der Einsicht nicht verschließen, daß die vertragliche Regelung einem vertragslosen Verhältnis vorzuziehen ist.

Achtung, Betriebsräte!

An alle auf dem Boden der Richtlinien des A. D. G. B. stehenden Betriebsräte werden die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Einheitslegitimationskarten für Betriebsräte in unserem Bureau ausgestellt. Inhaber von Legitimationskarten der Afa brauchen keinen Umtausch vorzunehmen. Betriebsausweis und Gewerkschaftslegitimation erforderlich. Bei den in kurzer Zeit stattfindenden Wahlen der Delegierten zum Kongreß muß jeder Betriebsrat im Besitz eines gültigen Ausweises sein.

S.-P.-D.-Betriebsrätesekretariat,
In den Zelten 23. Hansa 1424/25.

Zu den Differenzen in den „Warschauer Bierhallen". Nachdem die Organisation durch erneute Verhandlung eine gütliche Einigung der Differenzen in den „Warschauer Bierhallen" herbeigeführt hat, wird die ausgesprochene Sperre für Organisierte aufgehoben. Verband der Gastwirtsgehilfen.

Buchbinderverband. Mittwoch, den 8. Sept., nachm. 4½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5, Vertrauensmännersitzung der Buchbinderbranche.

Deutscher Hutarbeiterverband. Am Donnerstag, den 9. Sept., abends 5 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 1, Versammlung aller in der Damen- und Filzhutbranche und in den Umpreßbetrieben Beschäftigten.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 5a (Rechtsanwaltsangestellte). Mitgliederversammlung 8. Sept., abends 7½ Uhr, Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12. — Fachgruppe 10 IIa (Hüte u. Mützen). Mitgliederversammlung 8. Sept., 6 Uhr abends, Verbandsbureau, Roter Saal, Belle-Alliancestr. 7/10. — Fachgruppe 7a (Optische u. photographische Artikel). Mitgliederversammlung 8. Sept., abends 7½ Uhr, Verbandslokal, Blauer Saal, Belle-Alliancestr. 7/10. — Fachgruppe 7c (Einzelhandel: Warenhäuser, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte). Mitgliederversammlungen am 8. Sept., abends 7 Uhr, Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 40/41, Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

Zentralverband der Fleischer. Bezirksversammlungen am Donnerstag, den 9. September, Schöneberg, Friedenau, Steglitz, abends 7 Uhr, im Lokal von Schellhase, Steglitz, Albornstr. 15a. — Bezirk Pankow—Niederschönhausen: abends 7 Uhr im Lokal von Engel, Pankow, Mühlenstr. 45. — Freitag, den 10. Sept., Reinickendorf—Wittenau—Tegel, abends 7 Uhr im Lokal von Pahl, Reinickendorf, Provinzstr. 113. — Spandau: abends 6½ Uhr im „Alten Ratskeller" am Markt.

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller. Donnerstag, den 9. Sept., abends 7 Uhr, außerordentl. Generalversammlung in A. Borkers Festsälen, Weberstr. 17: Stellungnahme zur Reichsarbeitsgemeinschaft.

Deutscher Transportarbeiterverband. Packer, Lager- und Transportarbeiter usw. der Groß-Berliner Metallindustrie. Donnerstag, den 9. Sept., nachm. 5½ Uhr, in der Aula der Gemeindeschule Wattstr. 16, allgemeine Konferenz aller Vertrauensleute, Obleute, Betriebsräte und Generalversammlungsdelegierten. Jeder Funktionär hat bestimmt zu erscheinen.

Bildungsveranstaltungen.

Steglitz. Sozialistische Bildungsschule. Beginn des Kursus Erich Kuttner am 18. Oktober, 7 Uhr, im Gymnasium Heerstraße (an sechs aufeinanderfolgenden Montagen). Thema: „Die politischen Parteien und ihre Programme". Bestellungen auf Hörerkarten à 6,— M. schon heute in den Mitgliederversammlungen. Regste Beteiligung erwünscht. — Auch auf den „Wilhelm-Busch-Abend" am 3. Oktober im Lyzeum weisen wir empfehlend hin.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Billige Angebote

Kleiderstoffe, Kostümstoffe, Sammet

Schotten doppeltbreit, für Kinderkleider 23⁵⁰
Blusenstoffe hell und dunkel gestreift 29⁰⁰
Kleiderstoffe einfarbig, doppeltbreit 37⁵⁰
Kleiderstoffe Phantasiemuster, etwa 110 cm breit . 45⁰⁰
Kostüm-Cheviot schwarz, ca 130 cm breit 60⁰⁰
Pailletteseide schwarz 29⁰⁰
Seidenfrotté große Farbenauswahl 49⁰⁰
Crepe de chine etwa 100 cm br., viele Farben . 78⁵⁰
Rippen-Velvet Köperware, großes Farbensortiment . 85⁰⁰
Mantelsammet schwarz, etwa 76 cm breit . 95⁰⁰

Kinder- und Backfisch-Mäntel

Herbst-Paletot für junge Mädchen, dunkler karierter Stoff, flotte moderne Form 235⁰⁰
Mädchenmantel mellierter Winterstoff, Glockenform, Raglanärmel 105 cm 225,00, bis 70 cm 175⁰⁰
Sommer-Mädchenmäntel zu außerordentlich billigen Preisen . 29⁰⁰ 39⁰⁰ 59⁰⁰ 79⁰⁰

Muster von Stoffen
werden auf Wunsch leihweise
nach auswärts zugesandt

Schuh-Reparaturen

Damen-Stiefel
Sohlen und Absätze genagelt 32⁷⁵
Sohlen und Absätze genäht 33⁷⁵

Herren-Stiefel
Sohlen und Absätze genagelt . . 45.00 37⁵⁰
Sohlen und Absätze genäht . . . 46.50 42⁰⁰

Knaben-Stiefel
Sohlen und Absätze genagelt 32⁷⁵
Sohlen und Absätze genäht 33⁷⁵

Mädchen-Stiefel
Sohlen und Absätze 26⁵⁰

Kinder-Stiefel
Sohlen und Absätze 21⁰⁰

Besondere Reparaturen billigst nach Vereinbarung

A. Wertheim
G. m. b. H.